

Bericht über das Geschäftsjahr **2010**



Kennzahlen 2010 im Überblick

		2010	2009	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
Strom	Leistungen	Nutzbare Abgabe (Vertrieb)	1.171.814 MWh	1.121.978 MWh	4,4 %
		davon: Tariffkunden	470.967 MWh	499.979 MWh	-5,8 %
		Sonderkunden	538.913 MWh	548.752 MWh	-1,8 %
		Kunden außerhalb des Versorgungsgebietes	156.394 MWh	67.929 MWh	130,2 %
		Betriebsverbrauch	5.540 MWh	5.317 MWh	4,2 %
		Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer)	154.170 T€	154.591 T€	-0,3 %
	Kennwerte	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	261.346 Pers. *	247.801 Pers.	5,5 %
		Hochspannungsnetz	79 km	81 km	-2,5 %
		Mittelspannungsnetz	586 km	586 km	0,0 %
		Niederspannungsnetz	1.318 km	1.311 km	0,5 %
		Verbrauchsstellen in Wiesbaden	158.619 St.	158.173 St.	0,3 %
		Verbrauchsstellen in anderen Gebieten	43.989 St.	20.992 St.	109,6 %
Gas	Leistungen	Menge Netzabgabe	4.664.270 MWh	4.251.671 MWh	9,7 %
		Nutzbare Abgabe (Vertrieb)	4.025.909 MWh	3.768.563 MWh	6,8 %
		davon: Tariffkunden	84.174 MWh	70.567 MWh	19,3 %
		Sonderkunden	3.476.394 MWh	3.292.359 MWh	5,6 %
		Betriebsverbrauch	369.467 MWh	354.735 MWh	4,2 %
		Kunden außerhalb des Versorgungsgebietes	95.874 MWh	50.902 MWh	88,3 %
		Umsatzerlöse (ohne Erdgassteuer)	157.815 T€	158.443 T€	-0,4 %
	Kennwerte	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	287.730 Pers.	288.612 Pers.	-0,3 %
		Höchster Gasstundenbezug	1.262 MWh	1.317 MWh	-4,2 %
		Hochdrucknetz	215 km	215 km	0,0 %
		Mitteldrucknetz	35 km	35 km	0,0 %
		Niederdrucknetz	573 km	573 km	0,0 %
Verbrauchsstellen im Versorgungsgebiet	71.222 St.	71.810 St.	-0,8 %		
Verbrauchsstellen in anderen Gebieten	815 St.	18 St.	>100 %		
Wasser	Leistungen	Nutzbare Abgabe	13.687 Tm ³	14.283 Tm ³	-4,2 %
		davon: Tariffkunden	13.485 Tm ³	14.070 Tm ³	-4,2 %
		Sonderkunden	174 Tm ³	192 Tm ³	-9,4 %
		Betriebsverbrauch und Freimengen	19 Tm ³	21 Tm ³	-9,5 %
		Umsatzerlöse	33.580 T€	34.979 T€	-4,0 %
	Kennwerte	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	246.884 Pers.	247.801 Pers.	-0,4 %
		Wasserverbrauch je Einwohner im Durchschnitt	55,40 m ³	57,64 m ³	-3,9 %
		Höchste Tagesabgabe	53.510 m ³	50.274 m ³	6,4 %
		Benutzungstage bezogen auf die höchste Tagesabgabe	278 Tage	301 Tage	-7,6 %
		Verteilungsnetz	729 km	728 km	0,1 %
		Zähler im Netz	35.774 St.	35.678 St.	0,3 %
Fernwärme	Leistungen	Nutzbare Abgabe	263.771 MWh	256.597 MWh	2,8 %
		Umsatzerlöse	24.752 T€	27.097 T€	-8,7 %
	Kennwerte	Netzlänge	64 km	63 km	0,6 %
		Übergabestellen	1.018 St.	907 St.	12,2 %

* Übernahme Stromkonzession Tausstein zum 01.07.2010

Bericht über das Geschäftsjahr **2010**

1. Januar bis 31. Dezember
zur Vorlage
in der ordentlichen
Hauptversammlung
am 15. Juni 2011

ESWE Versorgungs AG





Kennwerte 2010	2
Organe der Gesellschaft	5
Bericht des Vorstands	
Lagebericht	7
Energiestudie für Wiesbaden	19
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	20
Weitere Informationen zu den Unternehmensbereichen	24
Jahresabschluss	
Bilanz	37
Gewinn- und Verlustrechnung	38
Anhang	39
Bestätigungsvermerk	52
Bericht des Aufsichtsrats	53

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dr. Helmut Müller
Oberbürgermeister
Vorsitzender
Wiesbaden

Marlis Stiehl
Betriebsratsvorsitzende
1. stellv. Vorsitzende
Wiesbaden

Ewald Woste
Vorstandsvorsitzender
der Thüga AG
2. stellv. Vorsitzender
Paderborn

Dennis Barham
Elektromeister
Arbeitnehmervertreter
Wiesbaden

Andreas Bauer
Versicherungsfachwirt
Anteilseigner-Arbeitnehmer-
vertreter
Wiesbaden

Joaquim da Silva
Kfz-Mechaniker
Arbeitnehmervertreter
Wiesbaden

Hildebrand Diehl
Oberbürgermeister a. D.
Wiesbaden

Dieter Horschler
Rentner
Stadtverordneter
Wiesbaden

Axel Imholz
Kommunikationsberater
Stadtverordneter
Wiesbaden

Ralf Ligato
Industriefachwirt
Arbeitnehmervertreter
Darmstadt

Reiner Löbelt
Schlosser
Arbeitnehmervertreter
Heidenrod

Bernhard Lorenz
Rechtsanwalt
Stadtverordneter
Wiesbaden

Gerhard Meurer
Computertechniker
Anteilseigner-Arbeitnehmer-
vertreter
Wiesbaden

Michael Riechel
Vorstandsmitglied
der Thüga AG
München

Kurt Schinko
Rohrnetzmeister
Arbeitnehmervertreter
Wiesbaden

Michael Schlempp
Rechtsanwalt
Stadtverordneter
Wiesbaden

Bettina Schreiber
Beamtin
Stadtverordnete
Wiesbaden

Harald Schuck
Gewerkschaftssekretär
Mainz-Kastel

Vorstand

RA Ralf Schodlok
Vorstandsvorsitzender
Wiesbaden

Dr. Stephan Tenge
Vorstand
Wiesbaden

Dipl.-Ing. Jörg Höhler
stellv. Vorstand
Singhofen



Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2010 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,6 % aus der Wirtschaftskrise befreit. Selbst der ungewöhnlich harte und frühe Wintereinbruch konnte den Aufschwung nur leicht dämpfen. Die Bautätigkeit war durch den Wintereinbruch im Dezember zwar deutlich gedrosselt, konnte sich aber in den ersten Monaten des Jahres 2011 erstaunlich rasch erholen. Erfreulich an der konjunkturellen Entwicklung ist, dass insbesondere die Binnennachfrage zu diesem Wachstum beitrug. Die Industrieproduktion ist klar aufwärts gerichtet. Die deutschen Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage und die Geschäftserwartungen so positiv wie lange nicht mehr, was auch zu deutlich mehr Einstellungen führt. Daher entwickelt sich auch der Arbeitsmarkt weiterhin günstig. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften erneut zunehmen. Damit ist die Grundlage für eine weitere Zunahme der privaten Konsumausgaben gelegt.

Allerdings sind in den letzten Monaten die Abwärtsrisiken spürbar gestiegen. Die Unruhen in der arabischen Welt, die Katastrophe in Japan und vor allem der rasante Aufwärtstrend bei den Rohstoffpreisen könnten die Konjunktur wieder nachhaltig schwächen.

Aufgrund der steigenden Inflationsrisiken im Euroraum hat die Europäische Zentralbank Anfang April den Leitzins um 25 Basispunkte auf 1,25 % erhöht. Ob dies der Startschuss zu einer Zinsumkehr und damit zu weiteren Zinserhöhungen war, oder ob die EZB weiterhin an ihrer bisherigen Linie festhält, bleibt abzuwarten. Je stärker die Notenbank die Zinsen anhebt, desto deutlicher trüben sich die Geschäftsaussichten bei den Unternehmen wieder ein.

Die Finanzmärkte haben jedoch die mögliche Zinswende schon eingepreist. Insbesondere die kurzfristigen Zinsen sind in den letzten Monaten deutlich angestiegen. Die Niedrigzinsphase scheint somit zunächst mal ihr Ende gefunden zu haben.

Die Konjunkturprognosen der Bundesregierung sowie der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für 2011 wurden in den vergangenen Monaten mehrfach angehoben. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 2011 ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 3,0 %. Dies dürfte sich jedoch bei weiter zunehmenden Inflationsängsten und weiteren Zinsschritten durch die EZB abschwächen.

Auch im Kammerbezirk der IHK Wiesbaden spiegelt sich die gute Konjunktur wider. Die Erwartungen der Wiesbadener Unternehmen sind unverändert optimistisch. Die Tendenzen deuten auf einen weiterhin kräftigen Aufschwung hin. Die Wirtschaftsleistung in der Region Wiesbaden wird deutlich steigen. Neben Industrie und Dienstleistungsgewerbe blickt auch das Baugewerbe optimistisch in das Jahr 2011.

Die Gasabgabe – im Bild die Übergabestation Taunusstein-Wehen – steigerte sich im Jahr 2010 witterungsbedingt um fast 7 % gegenüber dem Vorjahr.

Branchenentwicklung

Nach dem tiefgreifenden Konjunkturreinbruch 2008/2009 stieg der Gas- und Stromverbrauch im Berichtsjahr wieder um ca. 4 % an.

Neben der konjunkturellen Erholung sorgten die niedrigen Temperaturen in den ersten Monaten des Jahres sowie gegen Jahresende zu einem höheren Absatz auf dem Gas- und dem Wärmemarkt.

Die Bruttostromerzeugung in Deutschland stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,7 %. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern konnte ein Wachstum von 7,2 % verbuchen.

Die Energiepreise tendierten im Jahresverlauf wieder deutlich nach oben. Der Ölpreis hat Ende des Jahres die Marke von 90 US-Dollar je Barrel wieder überschritten. Mittlerweile bewegt sich der Rohölpreis stark auf 120 US-Dollar zu. Dieser Preis scheint jedoch fundamental nicht begründet zu sein, enthält somit wieder spekulative Elemente. Die Fachwelt hält mittelfristig einen Preis von 100 US-Dollar für angemessen.

Das seit langem erwartete, im Herbst 2010 von der Bundesregierung verabschiedete Energiekonzept sollte die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung manifestieren. Mit dem Energiekonzept hat die Bundesregierung eine umfangreiche Strategie zur Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien und zum Netzausbau vorgelegt. Das Konzept definiert das Ziel, den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2020 auf 35 % und bis zum Jahr 2030 auf 50 % zu erhöhen.

Hierbei sollte der Kernenergie eine Brückenfunktion zukommen, bevor sie durch erneuerbare Energien ersetzt werden kann. Aus diesem Grund wurde im Oktober 2010 die Laufzeit der 17 deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre verlängert. Dieser Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernenergie ist jedoch erheblicher Kritik ausgesetzt. Sie behindere den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine Modernisierung des Kraftwerkparcs. Ferner wird der Bundesregierung vorgeworfen, die Laufzeitverlängerung zementiere die Marktmacht der Atomkonzerne und behindere damit den Wettbewerb im Energiesektor.

Angesichts der schrecklichen Ereignisse in Japan scheint das Energiekonzept bereits heute wieder Makulatur zu sein. Die Beherrschbarkeit der Atomkraft ist fundamentalen Zweifeln ausgesetzt. Das unmittelbar verfügte dreimonatige Moratorium mit der umgehenden Abschaltung von sieben älteren Atomkraftwerken scheint der erste Schritt zu einem früheren Ausstieg aus der Kernenergie. Viele fordern gar einen sofortigen Ausstieg.

Die Diskussionen darüber, ob der sofortige Ausstieg überhaupt möglich ist, und wenn, zu welchen Konditionen, beherrschen seit Wochen die Medien. Exorbitante Preissteigerungen, Stromengpass, Zusammenbruch der Versorgungsnetze und Bedrohung des Klimaschutzes sind hierbei nur einige Stichworte, die derzeit die Bevölkerung verunsichern.



Tatsache ist, dass der vollständige Wegfall der Erzeugung aus den Kernkraftwerken nicht ohne weiteres sofort kompensiert werden kann. Wind und Sonne sind in Deutschland nicht rund um die Uhr dauerhaft verfügbar, die nennenswerte Speicherung noch nicht entsprechend ausgereift. Eine höhere Auslastung alter Kohlekraftwerke konterkariert die Klimaschutzpläne, da sie deutlich mehr CO₂ verursachen. Stromimporte überfordern unsere Übertragungsnetze und beinhalten in der Regel mit Kernenergie erzeugten Strom.

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, trotz der dramatischen Bilder aus Japan, schnell auf eine sachliche Diskussion zurückzukommen und zügig ein überzeugendes neues Energiekonzept zu erarbeiten, das verlässlich den Weg zu einer sicheren, ökologischen und preisgünstigen Energieversorgung eröffnet.

Hierbei ist auch die Bevölkerung einzubeziehen. Zahlreiche Bürgerbewegungen sperren sich derzeit gegen den notwendigen Umbau der Energieversorgung. Der Ausbau der Stromnetze sowie selbst zahlreiche Windenergieprojekte scheitern derzeit oft an Bürgerprotesten.

Allgemeine Entwicklung bei ESWE Versorgung

Mittlerweile mehr als 50.000 Stromkunden außerhalb unseres angestammten Versorgungsgebietes sind ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass sich die ESWE Versorgung im zunehmenden Wettbewerb behaupten kann. Eine faire und nachvollziehbare Preispolitik, verbunden mit einer hohen Servicequalität bildet die Grundlage für unser erfolgreiches Handeln. Das renommierte Verbraucherportal Verivox hat in einer kürzlich veröffentlichten Studie ESWE als einen der besten Stromanbieter deutschlandweit ausgezeichnet. Im südwestdeutschen Raum ist ESWE als bester Stromanbieter benannt worden. Servicequalität und Verbraucherefreundlichkeit waren die wesentlichen Bewertungskriterien für diese Spitzenplatzierung. Diese Auszeichnung ist für uns gleichermaßen Verpflichtung. Wir setzen nicht auf kurzfristige Erfolge, sondern auf ein nachhaltiges Servicemanagement. Hierbei versuchen wir uns ständig weiterzuentwickeln und unseren Service zunehmend den Bedürfnissen unserer Kunden anzupassen.

Unsere Zielsetzung ist es nach wie vor, trotz weiterhin schwieriger werdenden Rahmenbedingungen, unseren Kunden ein faires und ausgewogenes Preis-Leistungs-Verhältnis anzubieten.

Unserer ökologischen Verantwortung stellen wir uns mit zunehmendem Engagement in die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien. Im Genehmigungsverfahren befindet sich das Biomasse-Heizkraftwerk (BMHKW), welches Ende 2013 ans Netz gehen soll. Mit der hier vorgesehenen Altholzverbrennung streben wir an, den Klimaschutzzielen der Landeshauptstadt Wiesbaden einen großen Schritt näher zu kommen. Das neue Biomasse-Heizkraftwerk soll sowohl zur Stromerzeugung als auch zur Erzeugung von Fernwärme genutzt werden. Mit der Beteiligung an der neu gegründeten Thüga Erneuerbaren Energien Gesellschaft mbH sowie der Offshore Wind für Hessen GmbH & Co. KG soll der Ausbau umweltschonender Energieerzeugung überregional vorangebracht werden.

Die neu gebaute Gasreglerstation in der Schwalbacher Straße wurde im Mai 2011 in Betrieb genommen.





Das konventionell betriebene Heizwerk Hainerberg erhielt einen 7,5-MW-Gasbrenner (oben).

Das ESWE-Biomasse-Heizkraftwerk erzeugt ab 2013 regenerativen Strom und Wärme aus Altholz (rechts).

Ferner haben wir im Jahr 2010 gemeinsam mit der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Thüga AG ein Energiekonzept für die Region Wiesbaden erstellt. Ziel war es hierbei, zu untersuchen, wie die Wiesbadener Ziele zum Klimaschutz vor Ort erreicht werden können.

Absatzentwicklung

Die nutzbare Stromabgabe verzeichnete im Berichtsjahr eine Steigerung um 4,4 % von 1.122,0 auf 1.171,8 Mio. kWh. Zwar wurde an Wiesbadener Kunden mit 1.015,4 Mio. kWh (Vorjahr: 1.054,1 Mio. kWh) 3,7 % weniger Strom verkauft als im Vorjahr, die Versorgung von Kunden außerhalb Wiesbadens verzeichnete allerdings einen deutlichen Zuwachs um 130,3 %. Zwischenzeitlich verkaufen wir schon mehr als 13 % unseres Stroms an Kunden außerhalb Wiesbadens.

Die kühle Witterung zu Beginn des Jahres sowie die Temperaturen zum Jahresende führten dazu, dass die Heizgradtage im Vergleich zum Vorjahr mit 3.552 Tagen deutlich nach oben gegangen sind (Vorjahr: 3.045,6 Tage). Dies ist in erster Linie für den Anstieg der nutzbaren Gasabgabe von 3.768,6 Mio. kWh auf 4.026,0 Mio. kWh verantwortlich. Dies war eine Steigerung um 6,8 % zum Vorjahr.

Der lediglich im Vorjahr unterbrochene Trend ständig sinkender Wasserabgaben setzte sich im Berichtsjahr weiter fort. Wir verzeichneten einen Rückgang um 4,2 % auf 13,7 Mio. m³ (Vorjahr: 14,3 Mio. m³).

Bei der nutzbaren Fernwärmeabgabe verzeichnen wir einen Anstieg um 2,8 % von 256,6 Mio. kWh auf nunmehr 263,8 Mio. kWh. Die Auskopplung von Strom verringerte sich von 23,3 Mio. kWh auf 20,9 Mio. kWh.

Umsätze und Preise

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind unsere Umsatzerlöse insgesamt um 3,2 Mio. € auf 389,0 Mio. € zurückgegangen. Die Erlösstruktur zeigt sich in der Tabelle rechts.

Die Umsatzerlöse im Bereich der Stromversorgung bewegen sich in etwa auf Vorjahresniveau. Die Steigerung des Pachtentgeltes für das Stromnetz resultiert aus der Übernahme der Stromversorgungsanlagen Taunusstein durch die ESWE Versorgung zum 1. Juli 2010 sowie deren Verpachtung an die ESWE Netz.

Die Gaserlöse waren trotz der deutlichen Absatzsteigerung leicht rückläufig. Hier machte sich bemerkbar, dass wir im Vorjahr mit Preissenkungen zum 1. April und zum 1. Dezember niedrigere Bezugskosten an unsere Kunden weitergereicht haben. Durch den zwischenzeitlich wieder deutlich nach oben korrigierten Ölpreis waren wir jedoch gezwungen, unsere Gaspreise zum 1. Oktober 2010 erstmals seit langem wieder etwas anzuheben.

Der Rückgang der Umsatzerlöse aus der Wasserversorgung ist bei seit Jahren konstanten Preisen ausschließlich durch den geringeren Wasserverbrauch verursacht.

Die Umsatzerlöse der Fernwärmeversorgung waren trotz des Anstiegs der Absatzmenge aufgrund deutlicher Preissenkungen im 2. Halbjahr 2009 rückläufig.

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in das Sachanlagevermögen und in immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 25,6 Mio. € (Vorjahr: 16,1 Mio. €) getätigt.

Die Investitionen in Sachanlagen beinhalten neben den routinemäßigen Erneuerungen der Versorgungsnetze im Wesentlichen den Kauf der Stromversorgungs- und Straßenbeleuchtungsanlagen (12,0 Mio. €) im neuen Konzessionsgebiet Taunusstein. Daneben wurden auch das Fernwärmenetz und die Photovoltaik weiter ausgebaut.

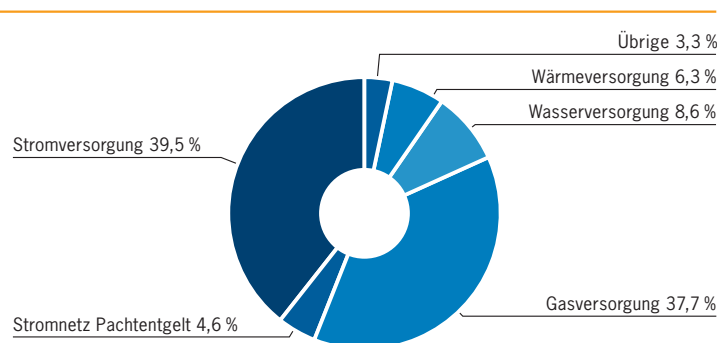
Die Gesamtinvestitionen (inkl. Finanzanlagen) des Geschäftsjahres 2010 setzen sich wie folgt zusammen:

■ Immaterielle Vermögensgegenstände	0,1 Mio. €
■ Sachanlagen	25,5 Mio. €
■ Finanzanlagen	2,4 Mio. €
■ Gesamt	28,0 Mio. €

Umsatzerlöse 2010

	2010		2009		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Stromversorgung	153,6	39,5	154,0	39,3	-0,4	-0,3
Pachtentgelt Stromnetz	17,8	4,6	17,4	4,4	0,4	2,3
Gasversorgung	146,8	37,7	147,2	37,6	-0,4	-0,3
Wasserversorgung	33,5	8,6	34,9	8,9	-1,4	-4,0
Fernwärmeversorgung	24,5	6,3	26,8	6,8	-2,3	-8,6
Sonstige	12,8	3,3	11,9	3,0	0,9	7,6
	389,0	100,0	392,2	100,0	-3,2	-0,8

Erlösstruktur 2010



Lage der Gesellschaft

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 9,6 Mio. € auf 386,9 Mio. € erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus dem Erwerb der Stromversorgungs- und Straßenbeleuchtungsanlagen im neuen Konzessionsgebiet Taunusstein. Der Ende des Jahres realisierte Verkauf der Anteile an der ESWE Grundstücksverwaltungs GmbH & Co. Schillerplatz KG führte zu einer Reduzierung der Finanzanlagen. Dem steht eine Steigerung des Umlaufvermögens und hierbei vor allem der Forderungen aus der höheren Verbrauchsabgrenzung gegenüber. Ferner haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände durch höhere Steuerforderungen erhöht.

Auf der Passivseite ergab sich durch den rückwirkend zum 1. Januar 2010 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der WVW Wiesbaden Holding GmbH eine wesentliche Änderung dahingehend, dass der bislang unter dem Eigenkapital aufgeführte Bilanzgewinn bereits bei der Bilanzerstellung als Verbindlichkeit gegenüber den Gesellschaftern einzustellen war. Demgegenüber wurden durch die Umstellung auf die Bilanzierungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in Vorjahren gebildete Rückstellungen erfolgsneutral in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit verzeichnete im Berichtsjahr einen deutlichen Rückgang um 29,7 Mio. € auf 36,7 Mio. €. Zum 31. Dezember 2010 verfügt das Unternehmen über einen Finanzmittelfonds von 38,3 Mio. € (Vorjahr: 39,8 Mio. €). Die Auszahlungen für die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und in Sachanlagen (25,6 Mio. €) wurden wie in den Vorjahren teilweise aus erhaltenen Zuschüssen (3,0 Mio. €) und aus Einzahlungen aus

Anlagenabgängen (26,5 Mio. €) finanziert. Der verbleibende Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 1,5 Mio. € (Vorjahr 14,8 Mio. €) konnte wie die Auszahlungen für Kredittilgungen in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr: 8,2 Mio. €) und für Dividendenausschüttung von 32,0 Mio. € (Vorjahr 33,6 Mio. €) nicht vollständig aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden.

Die gute Ertragslage der vergangenen Jahre wurde genutzt, um unseren Bestand an Darlehensverbindlichkeiten sukzessive zurückzufahren. Zum 31. Dezember 2010 betragen diese 110,3 Mio. € (Vorjahr: 115,5 Mio. €). Der Zinsaufwand für diese Darlehen ging durch die vorgenommenen Tilgungen von 5,3 Mio. € sowie günstigere Refinanzierungskonditionen auf 5,2 Mio. € zurück. Darlehensneuaufnahmen waren im Berichtsjahr nicht erforderlich.

Die Zahlungsfähigkeit der ESWE Versorgungs AG war während des ganzen Jahres uneingeschränkt gegeben.

CASH-Flow nach DVFA/SG*

	2010 T€	2009 T€	Veränderung T€
Jahresüberschuss (vor Ausgleichszahlung/Gewinnabführung)	37.526	32.444	5.082
Abschreibungen auf Sachanlagen	18.424	17.684	740
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	2.120	-2.120
Zunahme (+)/Abnahme (-) von langfristigen Rückstellungen	1.682	-1.331	3.013
Erträge aus der Auflösung von Ertragszuschüssen	-3.044	-3.184	140
Erträge aus der Zuschreibung von Sachanlagen	0	0	0
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Anlagevermögen	-200	-600	400
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte und Forderungen sowie anderer Aktiva	-26.325	8.834	-35.159
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	5.826	7.200	-1.374
CASH-Flow nach DVFA/SG	33.889	63.167	-29.278

* Deutsche Gesellschaft für Finanzanalyse und Asset Management/Schmalenbach-Gesellschaft

Die in unserer Wirtschaftsplanung enthaltenen Investitionen in Sachanlagen werden voraussichtlich aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden können. Investitionen in Finanzanlagen werden durch langfristige Darlehen finanziert werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Marktgegebenheiten bedarf dieser Finanzierungsbedarf einer stetigen Beobachtung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um das gegenwärtig noch günstige Zinsumfeld nutzen zu können.

Die eigenen Mittel und das langfristig verfügbare Fremdkapital decken das um die Empfangenen Ertragszuschüsse bereinigte Anlagevermögen vollständig.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken aus bestehenden Darlehensverträgen wurden Zinsswaps abgeschlossen. Diese haben insgesamt ein Volumen von 9,4 Mio. €. Die Sicherungsgeschäfte sind in das bestehende Risikomanagementsystem eingebunden und haben zum Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von 0,9 Mio. €.

Ertragslage und Ergebnis

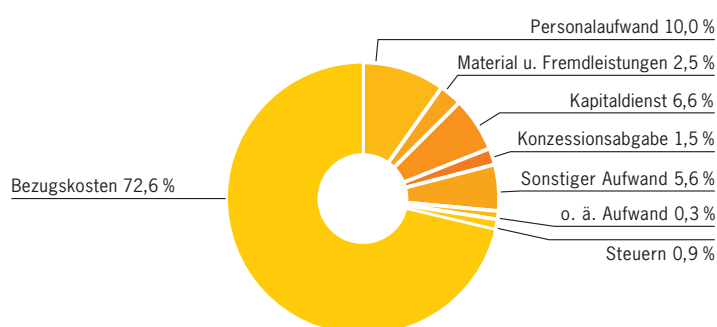
Das betriebliche Ergebnis des Jahres 2010 (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ohne Beteiligungs- und Zinsergebnis sowie ohne betriebliche Steuern) liegt mit 46,1 Mio. € deutlich über dem Vorjahresergebnis (38,5 Mio. €). Bei geringfügig niedrigeren Gesamtumsätzen hat sich vor allem der Bezugsaufwand gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie der geringere Personalaufwand konnten die Steigerung der Abschreibungen und der übrigen betrieblichen Aufwendungen nahezu kompensieren.

Das gestiegene betriebliche Ergebnis konnte den Rückgang der Beteiligungserträge, der durch die geringere Ergebnisübernahme der ESWE Netz GmbH sowie des Fehlens der Dividende der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG verursacht ist, ausgleichen, so dass das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit 42,3 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau (41,8 Mio. €) liegt.

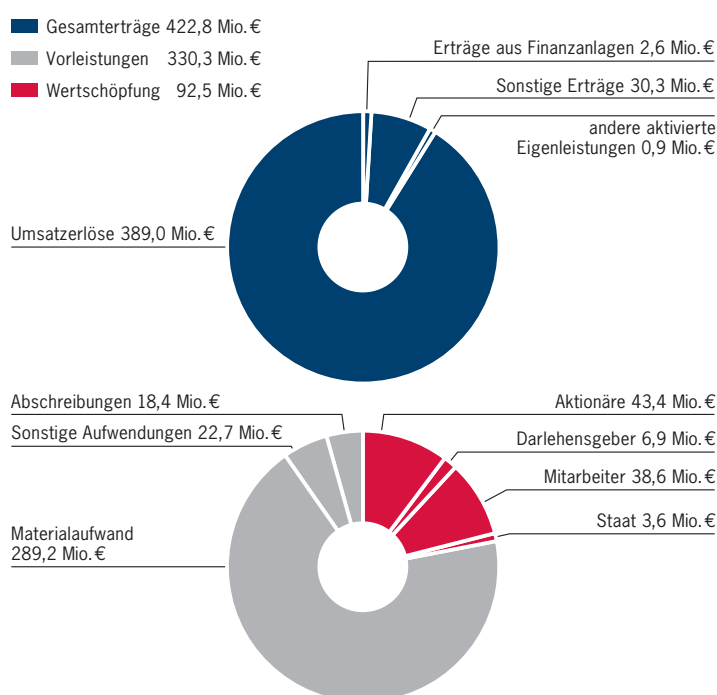
Durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird ESWE ab 2010 lediglich mit der Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die Thüga AG gemäß § 304 AktG belastet, so dass der Steueraufwand deutlich geringer ist als im Vorjahr.

Das Unternehmensergebnis von 37,5 Mio. € wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag nach Leistung einer Ausgleichszahlung an den Minderheitsaktionär vollständig an die WVV Wiesbaden Holding GmbH ausgekehrt.

Aufwandstruktur 2010



Wertschöpfungsrechnung 2010





Vorstandsvorsitzender Ralf Schodlok, Aufsichtsratsvorsitzender und Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller sowie Vorstandsmitglied Dr. Stephan Tenge stellten die neue ESWE-Tankstelle für Elektrofahrzeuge der Presse vor (von rechts).

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen im Berichtsjahr im Wesentlichen Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Liefer- und Leistungsverkehr sowie gegenüber verbundenen Unternehmen. Ferner bestehen Zinsswaps zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken.

Zur Absicherung gegen steigende Bezugspreise setzt die ESWE Versorgungs AG derivative Finanzinstrumente beim Bezug von Erdgas ein. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um Rohwarenswaps (Ölswaps). Den Ölswaps liegen Lieferverträge mit Kunden zugrunde.

Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten

ESWE Versorgungs AG ist im Rahmen der Verwendung von Finanzinstrumenten, die insbesondere die von der Gesellschaft ausgereichten Kredite und Forderungen sowie die Darlehen bei Kreditinstituten betreffen, grundsätzlich im Wesentlichen Zinsänderungsrisiken und Ausfallrisiken ausgesetzt.

Das Ausfallrisiko aus finanziellen Vermögenswerten besteht in der Gefahr des Ausfalls eines Vertragspartners und daher maximal in Höhe der positiven Zeitwerte der Forderungen gegen den jeweiligen Kontrahenten. Dieses Risiko wird bei ESWE Versorgungs AG als nicht wesentlich eingestuft, da Kredite bzw. Ausleihungen nur an Kontrahenten einwandfreier Bonität vergeben werden. Wir gehen außerdem davon aus, dass durch die gebildeten Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen das tatsächliche Risiko abgedeckt ist.

Für die Darlehen bei Kreditinstituten könnte infolge einer Erhöhung des Marktzins ein grundsätzliches Finanzrisiko entstehen. Das Zinsänderungsrisiko ist jedoch durch Vereinbarungen langfristiger Zinsbindungsfristen deutlich vermindert. Durch ständige Beobachtung des Geld- und Kapitalmarktes werden bei Zinssteigerungstendenzen Darlehen auch vorzeitig prolongiert. Teilweise werden langfristig feste Zinsen auch durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten gesichert. Dies mündet insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzmarktkrise in einem Ausbau des aktiven Zinsmanagements, um künftige Kapitalbedarfe frühzeitig zu ermitteln und gegebenenfalls Zinsabsicherungsgeschäfte zu vereinbaren.



Die Tankstelle auf dem ESWE-Gelände an der Mainzer Straße können die Fahrer von Elektro-Rollern und -PKWs derzeit kostenlos nutzen.

Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

Das bei der ESWE Versorgungs AG installierte Risikomanagementsystem entspricht den gesetzlichen Anforderungen durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG).

Als grundlegendes Instrumentarium für das Risikomanagementsystem sind im internen Datennetz des Unternehmens ein Handbuch verfügbar sowie Risikobeauftragte benannt. Das nach Bewertung der Risikoinventur erstellte Risikoportfolio für das Unternehmen wird regelmäßig fortgeschrieben und ist Bestandteil des Controllingberichtsystems. Hier erfolgt die regelmäßige Information von Vorstand und Unternehmensbereichen sowie im Rahmen eines kontinuierlichen Prozesses der Anstoß von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung. Zur Steuerung der Risiken hat das Unternehmen Maßnahmen ergriffen, die im Wesentlichen neben dem Einsatz interner und externer Fachleute ein umfangreiches technisches Regelwerk, die Zertifizierung von Unternehmensbereichen sowie einen umfassenden Versicherungsschutz, Führungsleitsätze und ein internes Kontrollsystem umfassen.

Darüber hinaus ist für die Energiebeschaffung ein Risikokomitee implementiert, welches aus dem Vorstand sowie den relevanten Abteilungsleitern besteht, regelmäßig zusammenkommt und die Sicherstellung einer geschlossenen Umsetzung der vorgegebenen Beschaffungsstrategie und Risikopolitik zur Aufgabe hat.

Das vorliegende Risikoszenario der ESWE Versorgungs AG weist weiterhin als Hauptrisiko das bevorstehende Wasserkartellverfahren aus. Hier hat die Kartellbehörde in einer ersten Anhörung Preisabsenkungen von bis zu 44 % angedroht. Dies würde eine Ergebnisverschlechterung in nahezu zweistelliger Millionenhöhe mit sich bringen. Die Wasserversorgung in Wiesbaden könnte damit nicht mehr kostendeckend betrieben werden.

Weitere Risiken bestehen durch den Preisdruck auf die Netznutzungsentgelte durch die Regulierungsbehörde mit der zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Anreizregulierung sowie den Druck auf die Vertriebsmarge durch den verstärkten Wettbewerb um die Endkunden.

Gleichwohl führt die Bewertung des Risikoszenarios insgesamt zu dem Ergebnis, dass durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, über die an dieser Stelle zu berichten wäre, sind nicht bekannt.

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf Chancen der künftigen Entwicklung

Das im Herbst 2010 vorgestellte Energiekonzept der Bundesregierung, von dem sich insbesondere die Energieversorger verlässliche Rahmenbedingungen für ihre künftige Ausrichtung und ihre Investitionsentscheidungen versprochen, führte nicht nur politisch zu heftigen Diskussionen, sondern wurde auch von Seiten der Stadtwerke stark kritisiert. Vor allem die beschlossene Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke ließ negative Auswirkungen auf den Wettbewerb befürchten, die den Umstieg in die Energiewirtschaft der Zukunft erheblich verzögern würden.

Die Energiewirtschaft der Zukunft wird dezentral geprägt sein. Statt weniger großer Kraftwerke, die den Strom für das ganze Land erzeugen, werden künftig viele kleine und mittlere Anlagen den Strom erzeugen. On- und Offshore-Windkraftanlagen, Biomassekraftwerke, Gas- und Dampfkraftwerke und Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung werden hierbei einen Schwerpunkt bilden. Durch die Laufzeitverlängerung wurden Bau und Planung einiger Anlagen wieder gestoppt bzw. zurückgestellt.

Die dramatischen Ereignisse in Japan führen nunmehr offensichtlich abermals zu einer Kehrtwende. Die Nutzung der Kernenergie ist mit einem Risiko verbunden, welches künftig weder in der Öffentlichkeit noch von den politischen Vertretern akzeptiert werden wird.

Der daher erforderliche Umstieg in die dezentrale, regenerative Energieerzeugung bedingt allerdings einen zügigen Ausbau der Stromnetze. Der Strom, der künftig in Windparks in der Nord- oder Ostsee bzw. an der Küste erzeugt wird, muss dorthin transportiert werden, wo er benötigt wird. Hierzu müssen die Übertragungs-, aber auch die Verteilnetze leistungsfähiger gemacht werden. Ein Netzausbaubeschleunigungsprogramm ist bereits in der Diskussion. Ziel ist es hierbei, insbesondere die Genehmigungsverfahren deutlich zu verkürzen. Auch die berechtigten Interessen der Bürger sind selbstverständlich einzubeziehen, allerdings ist auch dort ein Umdenken erforderlich. Es wird nicht möglich bzw. bezahlbar sein, alle Leitungen unterirdisch zu verlegen.

Die Zukunft der Energieerzeugung, die möglichst klimafreundlich, sicher und bezahlbar sein soll, ist nur zu gewährleisten, wenn sich ein breiter energiepolitischer Konsens aller Beteiligten herstellen lässt.

In der im ESWE-Versorgungsgebiet liegenden Gemeinde Schlangenbad-Georgenborn wird ein Austausch der Gasleitungen vorgenommen.



Auch bei der strategischen Ausrichtung der ESWE Versorgungs AG kommt dem Ausbau erneuerbarer Energien eine Schlüsselrolle zu. Die Nutzung von Windkraft, Biomasse, Sonnenenergie, Wasserkraft und Erdwärme stehen im Fokus unserer Überlegungen.

Neben einem intelligenten Energiemix bilden Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz die Säulen unserer Unternehmensstrategie. Denn nur durch eine nachhaltige Senkung des Energieverbrauchs werden die angestrebten Klima- und Umweltziele erreicht werden können.

In Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Wiesbaden und unserem privaten Anteilseigner, der Thüga AG in München, wurde Ende 2010 eine Energiestudie für die Region Wiesbaden erstellt, die anhand unterschiedlicher Szenarien die Chancen und Möglichkeiten darstellt, wie Wiesbaden die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen kann.

Durch bereits angestoßene Projekte zur regenerativen Erzeugung von Strom und Wärme, wie beispielsweise das geplante Biomasse-Heizkraftwerk auf der Wiesbadener Deponie, werden die Grundlagen für das Erreichen der Klimaschutzziele geschaffen. Mit der Nutzung der Abwärme aus diesem Altholz-Heizkraftwerk steigt der Anteil der regenerativ erzeugten Wärme im ESWE-Fernwärmeverbund auf über 50 %.

Gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden wurde bereits 2009 eine Solarstrominitiative gestartet. Hier sollen sukzessive alle geeigneten städtischen Dachflächen mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden. In 2010 wurden Großflächenanlagen mit insgesamt mehr als 200 kW Leistung installiert.

Eine Ausweitung des bestehenden Nahwärmenetzes betreffend der Nutzung von Thermalwasserwärme ist durch den vorgesehenen Anschluss eines Neubaus in der Wiesbadener Innenstadt ab Herbst 2011 absehbar.

Die Auswertung der Voruntersuchung zur Nutzung von Tiefen-Geothermie befindet sich derzeit in einer entscheidenden Phase. Die Entscheidung, ob das Projekt fortgesetzt wird, ist im Herbst 2011 zu erwarten. Auch ein Engagement in einen Offshore-Windpark in der Nordsee steht kurz vor der Entscheidung. Die Offshore-Windenergie soll in den kommenden Jahren einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Stromversorgung klimafreundlicher zu gestalten.

ESWE möchte auch weiteren innovativen Technologien den Weg ebnen. So wurde zur Förderung der E-Mobilität Wiesbadens erste öffentliche Elektrotankstelle eingerichtet. Ein Elektrofahrzeug und 5 Elektroroller, die von unseren Kunden ausgeliehen werden können, sollen die neue Antriebstechnik in Wiesbaden bekannt machen.

Zur Steigerung der Energieeffizienz haben wir sowohl in Wiesbaden als auch in unserem neuen Konzessionsgebiet in Tausstein ein Pilotprojekt „Zukunft der Straßenbeleuchtung“ gestartet. Hier wurde die herkömmliche Straßenbeleuchtung durch moderne und energiesparende LED-Leuchten ausgetauscht. Diese verbrauchen 50 % weniger Energie und haben eine deutlich höhere Lebensdauer als die bisher eingesetzten Leuchten.

Arbeiten an der Gashochdruckleitung in Wiesbaden-Dotzheim: Ein Gasschieberkreuz wird ausgetauscht.





Im Sommer 2010 übernahm die ESWE Versorgungs AG die Strom- und Straßenbeleuchtungsanlagen in Taunusstein.

Auch mit dem Einsatz von regenerativ erzeugtem Biomethan-Gas, das für die gekoppelte Strom- und Wärmeerzeugung in unseren Blockheizkraftwerken genutzt wird, möchten wir einen Beitrag zur Einsparung von Kohlendioxid leisten.

Durch die im Sommer 2010 vollzogene Übernahme der Strom- und Straßenbeleuchtungsanlagen in Taunusstein und die damit einhergehende Ausweitung unseres Netzgebietes rechnen wir mit einer nachhaltigen Verbesserung unserer Ertragslage.

Daher wird die Beteiligung an weiteren Ausschreibungen für Konzessionen auch in den nächsten Jahren im Fokus unserer Unternehmensstrategie stehen.

Unsere Vertriebsaktivitäten außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes führten im Berichtsjahr zu beachtlichen Erfolgen. Inzwischen beziehen mehr als 50.000 Kunden außerhalb Wiesbadens unseren Strom. Damit haben wir im zunehmenden Wettbewerb deutlich mehr Kunden gewonnen, als wir seit Beginn der Liberalisierung in Wiesbaden an Wettbewerber verloren haben.

Attraktive, wettbewerbsfähige Preise und ausgeprägter Service prägen hierbei unseren Erfolg. Das renommierte Verbraucherportal Verivox hat in 2010 unter 200 Stromversorgern eine Servicestudie durchgeführt, die neben den Preisen auch die Bereiche Kundenservice und Vertragsgestaltung zum Inhalt hatte. ESWE Versorgung zählte hierbei zu den besten Anbietern in ganz Deutschland. In der Kategorie Servicequalität belegt ESWE sogar den Spitzenplatz.

Diesen Platz zu bestätigen und uns als modernen, verlässlichen und umweltbewussten Energiedienstleister im Rhein-Main-Gebiet zu präsentieren, wird auch unser Anspruch in der Zukunft sein.

Wir stellen uns den Herausforderungen der Energieversorgung für unsere Region und setzen auf leistungsfähige Partnerschaften. Gemeinsam mit 26 Unternehmen der Thüga-Gruppe haben wir Ende 2010 eine Gesellschaft für Investitionen in erneuerbare Energien, die Thüga Erneuerbare Energien GmbH, gegründet, die in diesen Tagen ihr operatives Geschäft aufnimmt. Damit wird den beteiligten Unternehmen die Möglichkeit gegeben, sich auch an größeren Projekten zu beteiligen und ihre regionalen ökologischen Projekte zu ergänzen. Hiermit setzt die Thüga-Gruppe ein klares Signal für den Ausbau der umweltschonenden Energieerzeugung.

Trotz zunehmend schwieriger werdenden Rahmenbedingungen sehen wir uns durch den bereits vor Jahren eingeleiteten Konsolidierungsprozess, die beschriebenen Maßnahmen und die vertrieblischen Erfolge auch für die Zukunft gut aufgestellt. Die aktualisierte Wirtschaftsplanung für die Jahre 2011 und 2012 sowie die Mittelfristplanung bis 2015 sieht stabile Ergebnisse in etwa gleicher Höhe wie 2010 vor.

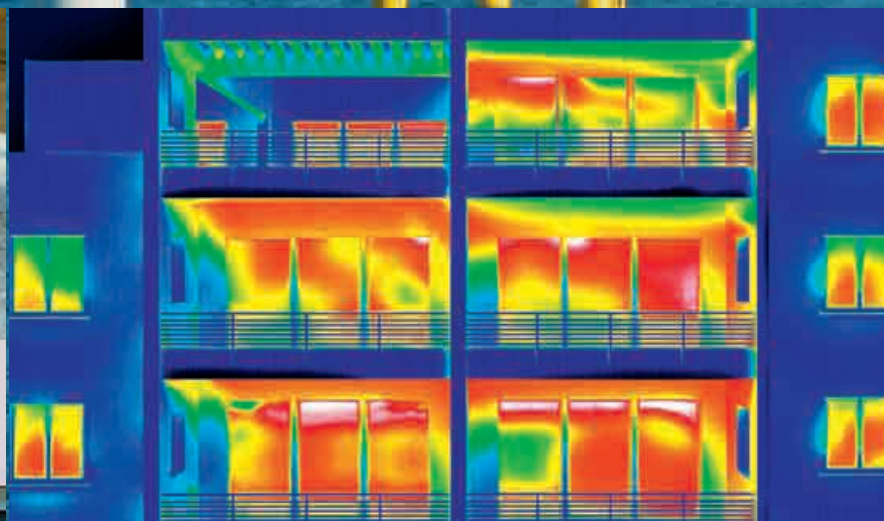
Energiestudie für Wiesbaden

Die ESWE Versorgungs AG hat in Zusammenarbeit mit der Thüga AG und dem Leipziger Institut für Energie eine Energiestudie für die Region Wiesbaden erarbeiten lassen. Hintergrund ist, dass in Wiesbaden – wie in vielen Kommunen – klimapolitische Ziele formuliert wurden, aber mögliche Wege zu ihrer Umsetzung bislang nicht untersucht wurden. Anhand eines Trendszenarios und zweier Ausbau-szenarien wurde dies nun in Zusammenarbeit mit der Stadt und Vertretern relevanter Gruppen analysiert.

Das Trendszenario beschreibt die Fortschreibung des Status quo, d. h. die Klimaschutzaktivitäten werden auf dem bisherigen Niveau fortgeführt, wodurch die politischen Ziele – die CO₂-Emissionen bis 2030 zu halbieren, den Energieverbrauch bis 2020 um 20 % zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 % zu erhöhen – nicht erreicht werden. Im sogenannten Proaktivszenario dagegen sind die Energieziele der Stadt Wiesbaden weitgehend erreichbar. Es berücksichtigt die technische Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen. Das Extremszenario konzentriert sich vor allem auf die Erreichung der ökologischen Ziele, die Wirtschaftlichkeit tritt in den Hintergrund. Im Gegensatz zu dem Proaktivszenario bei dem die Investitionen im Vergleich zum normalen Trend nahezu verdoppelt werden müssten, würde die Realisierung des Extremszenarios zu einer Vervierfachung der Investitionen führen.

Bei der Erreichung der Ziele spielt ESWE eine Schlüsselrolle. Etwa 50 % der CO₂-Reduktion werden auf den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien zurückgeführt. Bereits auf dem Weg befindliche ESWE-Projekte wie das Biomasse-Heizkraftwerk, mögliche Beteiligungen an Offshore-Windprojekten sowie die lokale Nutzung von Biomasse, Solarenergie und Thermalwasserwärme werden hierzu den Hauptbeitrag leisten.

Die Klimaschutzziele Wiesbadens können durch die Nutzung regenerativer Energien, z. B. durch die Beteiligung an Offshore-Windparks, sowie verschiedene Maßnahmen zur Energieeinsparung, hier die Gebäudedämmung erreicht werden. Mittels Thermografie werden Wärmeverluste an Gebäuden sichtbar.





Entwicklung und Struktur

Zum Ende des Geschäftsjahres lag die Anzahl der bei der ESWE Versorgungs AG beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei 561, von denen 46 in Teilzeit beschäftigt sind. Zusätzlich waren 51 Auszubildende bei ESWE tätig, um ihre berufliche Grundausbildung zu absolvieren.

Im Geschäftsjahr 2010 traten 7 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unser Unternehmen ein. Außerdem kehrten 4 Beschäftigte aus der Elternzeit zurück. 8 Auszubildende konnten nach erfolgreich bestandener Prüfung in ein zunächst befristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. 11 Beschäftigte haben das Renteneintrittsalter erreicht, davon 10 Beschäftigte nach beendeter Altersteilzeit. 4 Mitarbeiterinnen gingen in Elternzeit.

Mit durchschnittlich 56 Schwerbehinderten liegt der Beschäftigungsanteil schwerbehinderter Menschen weiterhin über der gesetzlichen Pflichtgrenze.

Die Fehl- und Ausfallzeiten betragen im Geschäftsjahr 2010 durchschnittlich 5,9 % (Vorjahr 4,7 %). In der Altersteilzeit befanden sich zum Bilanzstichtag noch 16 Beschäftigte.

Personalaufwand

Im Berichtsjahr verminderte sich der Personalaufwand der ESWE Versorgungs AG von 39,5 Mio. € im Vorjahr auf 38,6 Mio. €. Davon wurden 29,6 Mio. € für Löhne und Gehälter (Vorjahr: 29,3 Mio. €) und 8,9 Mio. € für soziale Aufwendungen (Vorjahr: 10,2 Mio. €) benötigt. Trotz verminderter Beschäftigtenzahl erhöhte sich der Aufwand für Löhne und Gehälter geringfügig. Hierzu trug vor allem die Tarifierhöhung von 2,1 % bei. Die sozialen Aufwendungen gingen um 1,3 Mio. € deutlich zurück. Die Altersteilzeitbezüge der Beschäftigten wurden über den Verbrauch der in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen finanziert.

Weiterbildung

Auch im Geschäftsjahr 2010 konnten wir unser Weiterbildungsangebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zielgruppengerecht gestalten. Dabei haben wir die Anzahl der unternehmensinternen Veranstaltungen erheblich steigern können. Die steigenden Anforderungen an das Unternehmen und an die Beschäftigten aufgrund des liberalisierten Energiemarktes und der gesetzlichen Vorgaben führen dazu, dass neben der klassischen Aus- und Weiterbildung auch neue Wege beschritten werden müssen, um das notwendige Know-How im Unternehmen zu sichern. Deshalb sehen wir die strategische Personalentwicklung als einen zukünftigen Schwerpunkt. Erste Schritte wurden durch die Förderung dualer, berufsbegleitender Studiengänge im Rahmen der mittel- und langfristigen individuellen Personalentwicklung gegangen.

Ausbildung

Die Ausbildung bei ESWE in den klassischen Berufen:

- Industriekaufrau/Industriekaufmann
- Kauffrau für Bürokommunikation/Kaufmann für Bürokommunikation
- Anlagenmechaniker/Anlagenmechanikerin mit Einsatzgebiet Rohrsystemtechnik
- Elektronikerin für Betriebstechnik/Elektroniker für Betriebstechnik

wird weiterhin auf hohem Niveau beibehalten. Seit Jahren stellt ESWE in den Abschlussjahrgängen regelmäßig gute bis sehr gute Prüflinge. Dabei bilden wir bewusst über den Eigenbe-

darf hinaus aus, auch um unserer Verantwortung als Unternehmen, das in Wiesbaden verankert ist, gerecht zu werden. ESWE gilt weiterhin als beliebter Arbeitgeber für die Ausbildung. Dies zeigt der erneute Anstieg auf 684 Bewerbungen, trotz sinkender Schülerabgangszahlen. Daraus wurden 15 junge Männer und Frauen für 4 Ausbildungsberufe ausgewählt. Somit waren im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 51 Auszubildenden bei uns beschäftigt.

Wichtig ist es, unseren Auszubildenden neben den fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten auch allgemein gesellschaftliche Verpflichtungen und Zusammenhänge zu vermitteln. So sind unsere Auszubildenden neben der schon traditionellen Teilnahme am Projekt der Landeshauptstadt Wiesbaden „Wiesbaden engagiert“ auch in anderen sozialen Projekten engagiert. Darüber hinaus legen wir Wert darauf, dass sie sich auch durch Informationen aus Presse, Fernsehen und Internet ein selbständiges Bild über gesellschaftliche Zusammenhänge machen können. Entsprechend konnten Auszubildende auf freiwilliger Basis am Projekt „Azubis lesen Zeitung“ des Wiesbadener Kuriers teilnehmen. Die Kosten hierfür hat ESWE übernommen.

Arbeitssicherheit und Umweltschutz

In 2010 wurde eine unternehmensweit einheitlich einsetzbare Arbeitsschutz- und Umweltschutz-Datenbank eingeführt. Diese dient der Erfassung, Dokumentation und Überwachung von Arbeitsmitteln, Gefahrstoffen, Anlagen, Genehmigungen, Gefährdungsbeurteilungen. Ferner beinhaltet die Datenbank Schulungspläne und Unterweisungen, die die Kommunikation, den Workflow, den Dokumentationsaufwand und die Rechtssicherheit im Bereich Arbeits- und Umweltschutz zunehmend verbessern und erleichtern wird.

Das städtische Umweltprogramm „Wiesbadener ÖKOPROFIT®-Betrieb“ besteht nunmehr seit 10 Jahren. Von Anfang an hat sich ESWE Versorgung hier als Kooperationspartner und Teilnehmer aktiv daran beteiligt. ESWE Versorgung erhielt hierbei abermals die Umweltzertifizierung nach Ökoprofit-Standard. Das Engagement unseres Unternehmens bei diesem Projekt dient in erster Linie dem Umwelt- und dem Klimaschutz und ist integraler Bestandteil unserer Vision für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung.

Dank und Anerkennung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ESWE Versorgungs AG haben wesentlich zum guten Erfolg des Unternehmens im letzten Jahr beigetragen. Ihre Verbundenheit mit der ESWE Versorgungs AG zeigt sich nicht nur im hohen fachlichen Engagement und großer Einsatzbereitschaft sondern auch in vielen Diskussionen mit Führungskräften und Unternehmensleitung. Hierfür gilt unser besonderer Dank.

Dem im Frühjahr 2010 neu gewählten Betriebsrat möchten wir an dieser Stelle ebenfalls für die konstruktive Zusammenarbeit danken.



Kaufmännische Auszubildende führen eigenverantwortlich die ESWE-Juniorfirma „Schreibwelt AG“.

Verstorbene

ESWE Versorgungs AG und ESWE Netz GmbH trauern um ihre verstorbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie um die verstorbenen Rentnerinnen und Rentner.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Mitarbeiter

Schramm, Helmut	am 08.03.2010	52 Jahre
-----------------	---------------	----------

Rentnerinnen und Rentner

Wörner, Christa	am 16.01.2010	66 Jahre
Pothes, Marianne	am 16.01.2010	81 Jahre
Baudisch, Edith	am 09.02.2010	87 Jahre
Arnold, Karl	am 17.02.2010	85 Jahre
Schmidt, Herbert	am 26.03.2010	71 Jahre
Welter, Wolfgang	am 03.04.2010	69 Jahre
Wirth, Erich	am 17.04.2010	85 Jahre
Schmidt, Siegfried	am 01.06.2010	54 Jahre
Trick, Paul	am 06.06.2010	80 Jahre
Weigel, Hans	am 09.06.2010	80 Jahre
Gutmann, Kurt	am 28.06.2010	74 Jahre
Kampf, Ernst	am 09.07.2010	76 Jahre
Stahlheber, Karl-Heinz	am 20.08.2010	76 Jahre
Lehr, Fritz	am 09.09.2010	86 Jahre
Wagner, Karl-Heinz	am 29.09.2010	86 Jahre
Widmann, Erwin	am 04.10.2010	76 Jahre
Knobel, Manfred	am 05.10.2010	70 Jahre
Storch, Erich	am 12.10.2010	87 Jahre
Wagner, Hans	am 18.10.2010	75 Jahre
Schumacher, Volker	am 12.11.2010	67 Jahre
Drechsler, Walter	am 28.11.2010	67 Jahre
Höfer, Karl-Peter	am 29.11.2010	62 Jahre
Hammer, Karl	am 15.12.2010	83 Jahre
Albert, Hermann	am 31.12.2010	90 Jahre
Drescher, Hans	am 31.12.2010	91 Jahre



Elektrizitätsversorgung

Absatz

Die Stromabgabe an unsere Kunden erhöhte sich im Geschäftsjahr 2010 um 4,4 % von 1.122,0 auf 1.171,8 Mio. kWh. Auf die einzelnen Kundengruppen entfielen folgende Absatzmengen:

	Abgabe in Mio. kWh	Anteil an der Gesamtabgabe in %	Abgabe in Mio. kWh	Anteil an der Gesamtabgabe in %	Veränderung gegen- über dem Vorjahr in %
Strom	2010		2009		
Tarifikunden	449,5	38,4	479,2	42,7	-6,2
Nachtstromkunden	21,5	1,8	20,8	1,9	3,4
Vertragskunden	492,1	42,0	503,7	44,9	-2,3
Vertragskunden außerhalb von Wiesbaden	156,4	13,3	67,9	6,1	130,3
ESWE-Kunden	1.119,5	95,5	1.071,6	95,6	4,5
Netzverluste	46,8	4,0	45,1	3,9	3,8
Betriebsverbrauch	5,5	0,5	5,3	0,5	3,8
	1.171,8	100,0	1.122,0	100,0	4,4

Die Absatzstruktur zeigt, dass Vertragskunden innerhalb unseres angestammten Versorgungsgebietes nach wie vor die größte Kundengruppe bilden. Hier wurde im Berichtsjahr ein geringer Mengenrückgang (-2,3 %) verzeichnet, während bei den Tarifikunden in Wiesbaden ein deutlicher Rückgang um 6,2 % registriert wurde. Demgegenüber konnte der Absatz an Kunden außerhalb Wiesbadens im Geschäftsjahr 2010 mehr als verdoppelt werden. Dadurch konnte der Mengenrückgang in Wiesbaden überkompensiert werden.

Betrieb Stromversorgungsnetze

Größte Bedeutung für ESWE hatte in 2010 die Aufnahme des Netzbetriebs im neuen Konzessionsgebiet der Stadt Taunusstein.

Bereits 2009 erhielt ESWE Versorgungs AG die Konzession zum Betrieb der Stromversorgungsnetze für die nächsten 20 Jahre von der Stadt Taunusstein mit rund 30.000 Einwohnern. ESWE Netz GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft der ESWE Versorgungs AG hat in 2010 den Betrieb dieser Netze übernommen. Damit ist ein Netzzuwachs von rund 15 % verbunden.

Nach intensiver Prüfung und planerischer Neustrukturierung des Netzes in 2009 erfolgte in 2010 die Umsetzung der geplanten Baumaßnahmen zur Netzeinbindung. Beim Neudesign der Netzstruktur wurde darauf geachtet, die bisherige gute Versorgungszuverlässigkeit der Stromversorgung noch weiter zu verbessern und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine eigenständige Betriebsführung des Netzes zu schaffen. Dies wurde durch die Erneuerung überalterter und zu schwach dimensionierter Netzteile sowie eine Verkabelung von Mittelspannungsfreileitungen in erheblichem Umfang erreicht.

Im Rahmen des Gesamtprojekts wurden rund 20 km Mittelspannungskabel bei einer Grabenlänge von 12 km neu verlegt. Zur Verbesserung der Netzstruktur wurde eine Gegenstation mit ferngesteuerter Lasttrennschalteranlage errichtet. Zudem waren eine Vielzahl weiterer kleiner punktueller Entflechtungsmaßnahmen sowie Ummuffungen erforderlich.

Trotz verspätetem Baubeginn auf Grund widriger Witterungsverhältnisse konnten durch unermüdlichen Einsatz der beteiligten Mitarbeiter und Firmen alle erforderlichen Baumaßnahmen termingerecht abgeschlossen werden, so dass die Aufnahme des Netzbetriebs pünktlich zum 1. Juli 2010 erfolgen konnte.

In Mainz-Kostheim entsteht ein neues Umspannwerk – hier wird ein Netztransformator mit Zurüstteilen versehen.

Die Mitarbeiter der ESWE Netz GmbH freuen sich auf das neue Versorgungsgebiet und werden sich natürlich auch in Taunusstein rund um die Uhr für eine zuverlässige und qualitativ hochwertige Stromversorgung engagieren. Erste Maßnahmen haben bereits gezeigt, dass der Netzbetrieb wie erwartet problemlos vom Standort Wiesbaden aus abgewickelt werden kann.

In 2010 abgeschlossen wurden die Sanierungsarbeiten im 1964 in Betrieb gegangenen Umspannwerk Schierstein. Nach 45-jähriger zuverlässiger Funktion hatten die elektrischen Betriebsmittel im Hochspannungsteil (110.000 Volt) der Umspannanlage das Ende ihrer technischen Lebensdauer erreicht. Darüber hinaus war es erforderlich, die technisch veraltete und wartungsintensive Druckluftsteuerung der Hochspannungsschalter durch eine moderne elektrische Steuerung zu ersetzen. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wurde bereits Anfang des Jahres 2006 mit den Planungen zur Modernisierung der Anlage begonnen.

Die Herausforderung bei der Modernisierung der Freiluft-Schaltanlage bestand darin, den Umbau während des laufenden Betriebes auszuführen. Diese Anforderung hatte sowohl bei der Planung als auch bei der Bauausführung absolute Priorität und erforderte eine sorgfältige Vorbereitung und Abstimmung aller Beteiligten, insbesondere im Hinblick auf die hierbei erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen. Aus diesem Grund musste die Maßnahme in zahlreiche kleine Bauabschnitte unterteilt werden, die nacheinander abgearbeitet wurden. Diese Vorgehensweise beansprucht eine längere Planungs- und insbesondere längere Bauzeit, als dies bei der Errichtung einer Neuanlage der Fall wäre.

Im Sommer 2007 konnte mit den Umbauarbeiten begonnen werden. Zunächst standen vom Umfang her kleinere Vorarbeiten auf dem Plan. Der Austausch der Sammelschienen und Leistungsschalter startete im Herbst 2008. Insgesamt wurden nacheinander 11 Felder mit 30 Schaltern und den dazugehörigen Fundamenten auf der Freifläche erneuert. Zur Steuerung und Überwachung der Schalter und Transformatoren mussten ca. 200 Kabel in das Wartengebäude zu den entsprechenden Schutz- und Leittechniksschränken verlegt und angeschlossen werden. Auch dieser Teil der Anlage wurde im Rahmen der Maßnahme erneuert. Dazu mussten insgesamt 20 Schränke mit unterschiedlichen Schutz-, Steuer-, Mess- und Versorgungsfunktionen aufgebaut werden. Im Mai 2010 wurden die Arbeiten planmäßig beendet.

Mit dem Einbau moderner, zuverlässiger und wartungsarmer Geräte wurde bei der Konzeption der neuen Anlage besonderer Wert darauf gelegt, dass eine einfachere Instandhaltung und eine hohe Betriebssicherheit gewährleistet sind. Durch die Investitionen in diese Modernisierungsmaßnahme wurde auch für die nächsten Jahrzehnte die Grundlage für eine zuverlässige Stromversorgung der Stadtteile Schierstein und Dotzheim sowie der Wiesbadener Innenstadt geschaffen.

Neben diesen beiden Sondermaßnahmen lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten im Bereich Stromversorgung wie auch in den vergangenen Jahren auf der wirtschaftlichen und technischen Optimierung des Stromversorgungsnetzes, um das derzeitige hohe Qualitätsniveau auch weiterhin gewährleisten zu können und um durch gezielte Erneuerung und Modernisierung veralteter Anlagen die langfristige Werterhaltung des Stromversorgungsnetzes sicherzustellen. Als wesentlichste Maßnahmen sind zu nennen:

- Christian-Morgenstern-Straße, Erneuerung von 600 m Mittelspannungskabel
- Otto-Reuter-Straße, Erneuerung von 850 m Mittel- und 750 m Niederspannungskabel
- Dresdner Ring, Erneuerung von 1.000 m Niederspannungskabel
- Leipziger Straße, Erneuerung von 800 m Niederspannungskabel
- Erneuerung alter Blechstationen im Bereich Rheinstraße/Bismarckring unter Berücksichtigung besonderer denkmalrechtlicher Auflagen



Die modernisierte Odorieranlage in der Gas-Übergabestation Taunusstein-Wehen wird von einem unabhängigen Prüfer einer eingehenden Untersuchung unterzogen.

Gasversorgung

Absatz

Der Gasabsatz verzeichnete mit einer Steigerung um 6,8 % gegenüber dem Vorjahr von 3.768,6 auf 4.026,0 Mio. kWh einen deutlichen Anstieg.

Auf die Kundengruppen entfielen folgende Absatzmengen:

Die Kundenstruktur verteilt sich nahezu gleichmäßig auf Tarif- und Sonderkunden sowie die Vertragskunden. Beide Kundengruppen verzeichneten 2010 einen deutlichen Mengenwuchs. Die Vertriebsaktivitäten außerhalb Wiesbadens führten auch beim Gasabsatz zu einer Verdoppelung der Vorjahreszahlen. Die Gradtagszahlen stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 16,6 % von 3.046 auf 3.552. Der höchste Tagesbezug wurde mit 25.647 MWh am 6. Januar 2010 gemessen.

Gas	Abgabe in Mio. kWh	Anteil an der Gesamtabgabe in %	Abgabe in Mio. kWh	Anteil an der Gesamtabgabe in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
	2010		2009		
Tarif- und Sonderkunden	1.798,4	44,7	1.691,4	44,9	6,3
Vertragskunden	1.762,2	43,8	1.674,7	44,4	5,2
Kunden außerhalb Wiesbadens	95,9	2,4	47,7	1,3	101,0
Gasverkauf	3.656,5	90,8	3.413,8	90,6	7,1
Betriebsverbrauch	369,5	9,2	354,8	9,4	4,1
	4.026,0	100,0	3.768,6	100,0	6,8

Betrieb

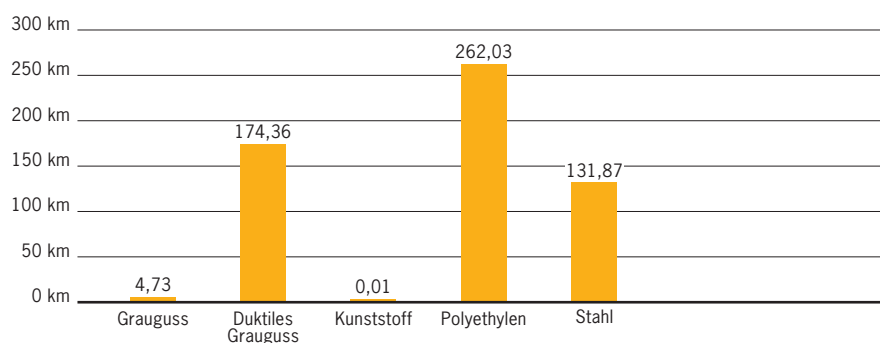
Die Rehabilitation unseres Gas-Grauguss-Netzes wurde im Kalenderjahr 2010 weiter vorangetrieben. Mit Stand zum 31. Dezember 2010 haben wir noch einen Bestand an Gas-Grauguss-Leitungen von 4,73 km. Allerdings gelten davon schon 2,9 km als rehabilitiert. Diese Leitungen wurden mittels Schlauchrelining saniert. Der letzte Rundriss an Gas-Grauguss-Leitungen wurde am 18. April 2006 dokumentiert.

An Netzerweiterungen und Leitungserneuerungen wurden im Gasniederdrucknetz ausschließlich Versorgungsleitungen aus Kunststoffrohren PE 100 verlegt. Rohre aus duktilem Gusseisen oder anderen metallischen Materialien kommen in unserem Netz gänzlich nicht mehr zur Anwendung. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 5.652 m Gas-Versorgungsleitungen rehabilitiert bzw. erneuert. Außerdem wurden 408 Stück Gas-Hausanschlüsse erneuert.



Mit dem neu angeschafften Geländewagen können schwerer zugänglich gelegene Gas-Prüfschächte jetzt besser erreicht werden.

573 km Gesamtlänge Gasniederdruckversorgungsleitungen



Instandhaltung des Gasversorgungsnetzes

Im Gashochdrucknetz Wiesbaden mussten 15 Sondermaßnahmen aufgrund der altersbedingten Undichtheiten durchgeführt werden. Hauptsächlich handelt es sich dabei um die Erneuerung von Absperrarmaturen, die an Knotenpunkten im Hochdrucknetz eingebaut sind.

Des Weiteren ist die Gas-Übernahmestation Taunusstein-Neuhof anlagentechnisch komplett erneuert worden. Somit ist die Anlage wieder auf dem aktuellen Stand der Technik.

In dem Zusammenhang ist die Gas-Odorierung auf einen effizienteren Geruchsstoff nämlich das sog. TBM umgestellt worden. Damit wird jetzt im gesamten Netzgebiet der ESWE Versorgungs AG ein einheitliches Odoriermittel verwendet. Mit der erheblichen Reduzierung der Odoriermittel-Konzentration ist neben dem positiven Emissionseffekten auch eine Senkung der laufenden Kosten verbunden.

Ebenso in 2010 musste aufgrund der Umgestaltung des Platzes der deutschen Einheit eine der größten Gas-Druckregelanlagen in Wiesbaden durch eine neue in der Schwalbacher Straße ersetzt werden. Da hier nur ein Standort in unmittelbarer Nähe zum Verkehrsbereich zur Verfügung stand, musste die Anlage mit einer entsprechenden Schutzmauer ausgeführt werden.

2010 wurden 159 Störungen im Gasversorgungsnetz behoben, davon 103 an Gas-Hausanschlussleitungen. Auffällig waren hier vor allem ältere Hausanschlüsse aus Stahl und deren Verbindungen.

An den Gas-Versorgungsleitungen waren insgesamt 56 Maßnahmen zur Störungsbeseitigung notwendig.

Wasserversorgung

Absatz

Die Trinkwasserabgabe 2010 verzeichnete bei nahezu unveränderter Kundenstruktur – dem Trend der vergangenen Jahre folgend – einen Rückgang um 4,2 % auf 13.677,8 m³.

	Abgabe in Tsd. m ³	Anteil an der Gesamtabgabe in %	Abgabe in Tsd. m ³	Anteil an der Gesamtabgabe in %	Veränderung gegen- über dem Vorjahr in %
Wasser	2010		2009		
Tarifikunden	13.485,2	98,7	14.070,3	98,6	-4,2
Vertragskunden	174,3	1,3	191,6	1,3	-9,0
	13.659,5		14.261,9		
Betriebsverbrauch	18,3	0,1	20,7	0,1	-11,6
	13.677,8	100,0	14.282,6	100,0	-4,2

Der Durchschnittsverbrauch je Einwohner sank im Berichtsjahr von 57,64 m³ auf 55,40 m³ um 3,9 %. Die höchste Tagesabgabe lag mit 53.510 m³ um 6,4 % über dem Vorjahr.

Betrieb und Instandhaltung

Im Kalenderjahr 2010 wurden aufgrund des guten Zustandes unseres Wasserversorgungsnetzes lediglich rund 3.310 m Wasserleitungen neu verlegt oder erneuert. Als Verlegematerial wurden ausschließlich Kunststoffrohre aus PE 100 verwendet. Zusätzlich wurden 436 Stück Wasserhausanschlüsse erneuert.

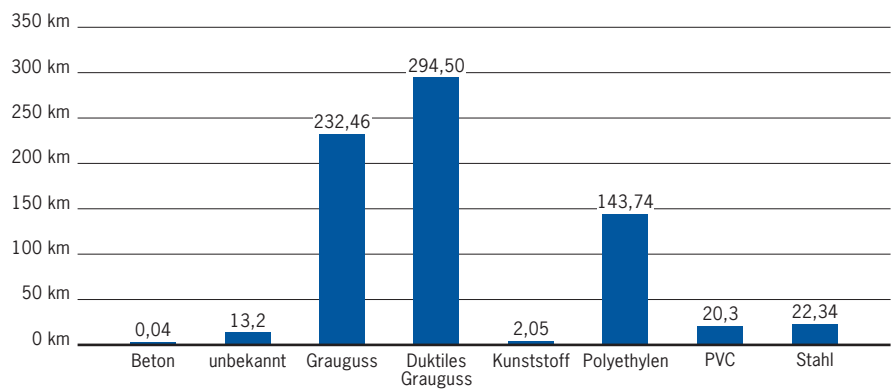
2010 wurden insgesamt 231 Störungen im Wasserversorgungsnetz behoben, davon 127 an Wasser-Hausanschlüssen und 104 an den Wasser-Versorgungsleitungen.

Auf dem Wiesbadener Weinfest 2010 konnte Vorstandsvorsitzender Ralf Schodlok die Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und den ehemaligen Stadtverordneten Friedrich Christoph von Bismarck auf dem ESWE-Wasserstand als Gäste begrüßen (von links).



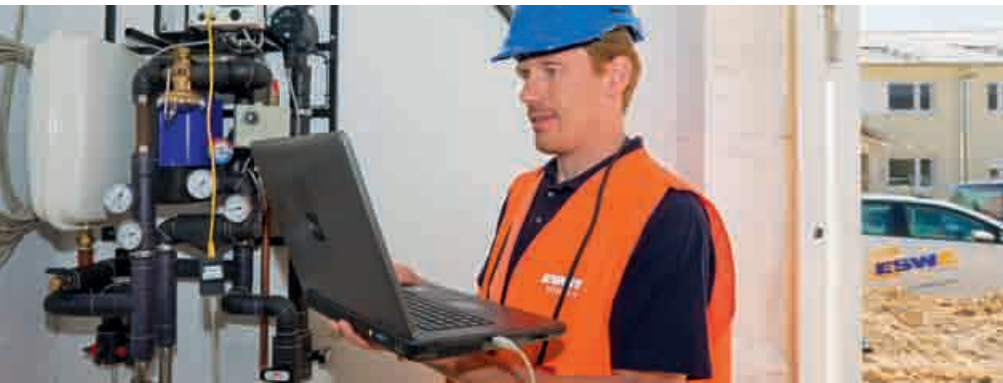


729 km Gesamtlänge Wasserversorgungsnetz



Erwähnenswerte Wasser-Störung in 2010 – Wasserrohrbruch in der Rheinstraße

Am 18. Oktober 2010 gegen 20:00 Uhr wurde unser Funkwagen zu einem Wasseraustritt in die Rheinstraße gerufen. In Höhe des Museums musste die Rheinstraße stadtauswärts voll gesperrt werden, was erhebliche Verkehrsbehinderungen nach sich zog. Nach Freilegen der Leitung wurde festgestellt, dass die Oberfläche des Rohres so stark korrodiert war, dass eine Reparatur mittels Schelle nicht möglich war. Im Laufe des 19. Oktober wurde die Rheinstraße in voller Breite geöffnet und ein Rohrstück ausgetauscht. Die Wasserversorgung konnte am frühen Abend des 20. Oktober 2010 wieder aufgenommen werden.



Am Rande der US-Airbase in Wiesbaden-Erbenheim entstehen 326 Einzel-, Reihen- und Doppelhäuser für Angehörige der US-Streitkräfte. Das zugehörige Fernwärmenetz wird von ESWE geplant, realisiert und betrieben.

Fernwärmeversorgung

Allgemeine Angaben

Die Wärmeabgabe ist im Vergleich zum Vorjahr um ca. 6,6 % von 266.219 MWh auf 283.907 MWh gestiegen.

In 2010 sind folgende Neubau- bzw. Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt worden:

- Air Base, WAAF South: 3,8 km FW-Trasse
- Künstlerviertel: Neubau von 470 m FW-Trasse das Inbetriebnahme und Übernahme der Betriebsführung für die Pellet-Heizanlage und mit einer Leistung von ca. 350 kW und das Netz zur Versorgung von 67 Wohneinheiten
- Im Heizwerk Hainerberg ist ein 7,5-MW-Brenner zur Sicherstellung der Wärmelieferung in die US-Liegenschaften Hainerberg erneuert worden.

Für die Erweiterung des Netzverbundes ist vom Hainerberg bis zum Aukamm aufgrund des geodätischen Höhenunterschiedes eine hydraulische Trennung des Netzverbundes im Hainerberg erforderlich. Dies wird mittels einer Wärmeübergabestation mit einer Leistung von 10,5 MW realisiert. Die Planung hierfür wurde in 2010 durch ein Ingenieurbüro erstellt. In 2011 sollen unter Leitung dieses Büros auch die Ausschreibung und der Baubeginn erfolgen.

Aufgrund des politischen Widerstands wurde das Projekt zum Neubau des Kohle-Heizkraftwerkes der KMW AG gestoppt. Da mit einer Fortführung nicht zu rechnen ist, musste auch die neue Wärmeerzeugungs- und Bezugssituation grundsätzlich neu analysiert werden. Dazu wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Ein wesentliches Ergebnis ist die weitere Verfolgung des bereits geplanten und begonnenen Ausbaus des FW-Netzverbundes. Weiterhin wurde die Erneuerung der Wärmeerzeugungsanlagen mit einer Erweiterung des KWK-Anteils im Heizwerk Klarenthal empfohlen.

Anfang 2011 präsentierten Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller, Verkehrsdezernent Dr. Joachim Pös und Vorstandsmitglied Dr. Stephan Tenge die erstmalig im öffentlichen Verkehrsraum Wiesbadens installierte LED-Straßenbeleuchtung in der Coulinstraße (von links).



Sonstige Aktivitäten

Straßenbeleuchtung – Energiekontrakt

Der 2. Teil des 4. Energiekontrakts zwischen der Stadt Wiesbaden und der ESWE Versorgungs AG wurde im Jahr 2010 umgesetzt. Bestandteil war hier die Erneuerung von 971 Leuchten mit Hochdruck-Quecksilberdampf Lampen gegen neue Leuchten mit Natriumdampf-Niederdrucklampen. Dies ergab eine Einsparung von 106.000 kWh und eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 64 Tonnen pro Jahr.

Die Umrüstung bedeutet eine Energieeinsparung von bis zu 50 %, des Weiteren können durch den Einsatz neuer Leuchten die Reparaturkosten um 10 % gesenkt werden. Durch viele positive Rückmeldungen der Wiesbadener Bürger wird die Akzeptanz des „gelben“ Lichtes bestätigt. Das neue Lichtkonzept der Fußgängerzone wurde im Jahr 2010 weitergeführt. Der Bereich Neugasse wurde weiter ausgebaut.

Sonstige Maßnahmen

Weitere Maßnahmen, die eine gestalterische Beleuchtung beinhalten sind im Jahr 2010 begonnen worden. Hier ist zum einen die Maßnahme „Namentliches Gedenken“ im Bereich Coulinstraße zu nennen, bekannte Leuchten der Firma Vulkan und neue hochwertige Leuchten der Firma Hess kommen hier zum Einsatz.

Im Umfeld des Platzes der deutschen Einheit wurden erste Maßnahmen umgesetzt. Die Schwalbacher Straße und die Bleichstraße wurden mit einer neuen Beleuchtung versehen.

Instandhaltung

Im Instandhaltungsbereich wurden wie auch in den vergangenen Jahren die Programme wie z. B. der Überspannungskontrolle, Maststandsicherheit und des periodischen Lampenwechsels weitergeführt. Wesentliches Kriterium für Instandhaltungsarbeiten ist der langfristige Substanz- und Werterhalt der Beleuchtungsanlagen, durch den zukünftige Investitions- und Instandhaltungsausgaben vermieden werden können. Die Instandhaltung der 23.000 Leuchten wird durch den Einsatz von 3 Hubarbeitsbühnen, mit bis zu 27 m Arbeitshöhe bewältigt. Durch ständige Kontrollen und zeitnahe Reparaturarbeiten konnten größere Ausfälle der Straßenbeleuchtungsanlagen vermieden werden.



Auf dem ESWE-Betriebsgelände sind LED-Straßenleuchten schon seit längerer Zeit in der Praxiserprobung.

Erneuerbare Energien

Biomasse-Heizkraftwerk

Das Projekt zur Errichtung eines überwiegend altholzbefeuerten Biomasse-Heizkraftwerks (BMHKW) der ESWE BioEnergie GmbH, dessen Betrieb ab 2013 CO₂-Emissionen von ca. 70.000 t pro Jahr vermeiden soll, wurde weitergeführt. Neben dem Vollzug des Beitritts der beiden Minderheitsgesellschafter, der Knettenbrech & Gurdulic Service GmbH und der MBA Wiesbaden GmbH, einer Tochter der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, zur Gesellschaft mit einer Beteiligung von jeweils 5 %, konnte das Betriebsgrundstück von 13.500 m² erworben und ein Brennstoffliefervertrag über 20 Jahre und 90.000 t aufbereitetes Altholz jährlich abgeschlossen werden.

Hauptthema war 2010 jedoch der sehr schwierige und öffentlichkeitswirksame Prozess der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für das BMHKW. Dieser war erforderlich geworden, da die Erteilung einer rechtssicheren Genehmigung nach rechtlicher Bewertung der Behörden nicht über Befreiungen vom existierenden Bebauungsplan erfolgen konnte. Im Endeffekt führte dies zu einer Verzögerung im Projektablauf von rund 18 Monaten. Nachdem Mitte Dezember der Satzungsbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst wurde, ist inzwischen das Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz, zu dem auch die baurechtlichen Aspekte gehören, wieder aufgenommen worden.

Tiefe-Geothermie

Die Nutzung der Tiefen-Geothermie, d. h. der Wärmeenergie, die in mehreren Kilometern Tiefe in der Erdkruste vorgefunden wird, zur regenerativen Erzeugung von Strom und Wärme ist von besonderem Interesse, da diese Technologie im Vergleich zur Nutzung anderer erneuerbarer Energieformen „grundlastfähig“ ist, d. h. von Wetterbedingungen unabhängig rund ums Jahr zur Verfügung steht. Allerdings ist hier jedoch noch großer Forschungs- und Entwicklungsaufwand notwendig, und die Projekte sind mit erheblichen Risiken („Fündigkeitsrisiko“) behaftet.

Die in 2009 durchgeführte Vorstudie des Instituts für Geothermisches Ressourcenmanagement (igem) für das „Erlaubnisgebiet“ der ESWE Versorgungs AG gemeinsam mit der Landeshauptstadt Wiesbaden hatte ergeben, dass der Bereich östlich von Wiesbaden für eine energetische Nutzung interessante Voraussetzungen aufweist. Es wurde daher ein seismisches Messprogramm konzipiert, das die Informationen liefern soll, ob eine Fortsetzung des Projektes sinnvoll ist. Dabei wurden im Frühjahr 2010 insgesamt ca. 45 km sogenannter „2-D-Seismiken“ erstellt, deren Ergebnisse die Berechnung eines dreidimensionalen Modells des Untergrundes bis in mehrere Kilometer Tiefe ermöglichen.

Nach der inzwischen abgeschlossenen Auswertung der enormen Datenmenge wurden einige ergänzende Untersuchungen durchgeführt, die die Interpretation weiter verbessern. Die Ergebnisse sind so gut, dass eine Fortsetzung des Projektes durch Erstellung einer dreidimensionalen Seismik in einem Zielgebiet von ca. 30 km² zur Festlegung eines konkreten Bohrpunktes vorgeschlagen wird.

Nahwärmeversorgung auf Basis von Holzpellets im „Künstlerviertel“

Nach gut einjähriger Bauzeit wurde im Neubaugebiet „Künstlerviertel“ eine Nahwärmeversorgung auf Basis von Holzpellets in Betrieb genommen. Insgesamt werden im Endausbau ca. 110 Einfamilienhäuser und mehrere große Mehrfamilienhäuser aus einem 400-kW-Kessel, der in einer bereits von ESWE genutzten Heizzentrale installiert wurde, mit regenerativ erzeugter Grundlastwärme versorgt, die die Umwelt um 350 t CO₂ pro Jahr entlastet. Für die Spitzenlast und die Reserve sorgt ein Anschluss an das Fernwärme-Verbundnetz der ESWE Versorgung.

Parallel dazu wurde mit der GWW als städtischer Wohnbaugesellschaft die Versorgung des ersten „Quartiers“ im Neubaugebiet „Am Weidenborn“ mit regenerativer Wärme aus Holz und Sonnenenergie auf Contractingbasis vereinbart. Hier sind eine Heizzentrale mit zwei Pelletkesseln und fünf solarthermische Anlagen auf den zu versorgenden Mehrfamilienhäusern über ein Nahwärmenetz zu einem System zusammengefasst. Es wird angestrebt, diese Musterlösung auch auf die neun weiteren von GWW zu errichtenden „Quartiere“ auszudehnen.

Unser Tochterunternehmen WiTCOM

WiTCOM, Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH, ist die Telekommunikationstochter der ESWE Versorgungs AG. Das Unternehmen bietet seit 1997 professionelle Telekommunikations- und IT-Dienste in Wiesbaden, dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem Rhein-Main-Gebiet an.

Das Leistungsangebot der WiTCOM umfasst Lösungen und Produkte für die Bereiche „Sprache“, „Daten“, „Internet“ und DataCenter (Rechenzentrum) für private und öffentliche Unternehmen sowie nationale und internationale Netzbetreiber und Internet Service Provider. Die aktuelle Produktpalette wird regelmäßig um Dienste der neusten technischen Generation erweitert.

Ein Großteil der angebotenen Dienste der WiTCOM basiert auf einer modernen und gut ausgebauten Telekommunikationsnetzinfrastruktur mit rund 400 km Glasfaserkabel, über 1.100 km Kupferkabel sowie über ein umfangreiches Leerrohrsystem. Die Netzinfrastruktur

In der Heizzentrale im Künstlerviertel wurde ein 400-kW-Kessel installiert und in Betrieb genommen. Er wird mit Holzpellets befeuert.





Das neue WiTCOM-Rechenzentrum DataCenter 1 wurde vom TÜV Rheinland im September 2010 mit dem Zertifikat „Secure Data Center“ für IT-Sicherheit ausgezeichnet.

steht im Eigentum der ESWE Versorgungs AG, die auch für die Instandhaltung und Pflege zuständig ist. WiTCOM ist für das Netzmanagement, den Betrieb der aktiven Komponenten sowie für den Vertrieb und die Vermarktung an Dritte verantwortlich. Hierbei erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Bereich Fernmeldebau der ESWE Versorgungs AG. Der projektorientierte Ausbau der leistungsfähigen Glasfaserkabelinfrastruktur wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konsequent durchgeführt. Neue Gebiete in der Region Wiesbaden, im Rheingau und im Taunus wurden erschlossen und somit zusätzliche Vermarktungspotentiale geschaffen.

Im September 2010 ist das neu erbaute DataCenter 1 (Rechenzentrums- und Colocationflächen mit Notfallarbeitsplätzen), am Konrad-Adenauer-Ring 60 in Verbindung mit dem DataCenter 2 in der Weidenbornstraße 1 vom TÜV Rheinland erfolgreich geprüft worden und hat das Zertifikat „Secure DataCenter“ erhalten. Unternehmen sowie Dienstleistern stehen nun zertifizierte Räumlichkeiten für die Realisierung kompletter Sicherheits-, Back-up-Lösungen oder Outsourcingkonzepte für IT-/TK-Anwendungen, kombiniert mit Notfallarbeitsplätzen in Wiesbaden zur Verfügung. Bei den Flächen ist besonderer Wert auf die Sicherheit, Verfügbarkeit, Qualität und Energieeffizienz gelegt worden: Umfassender Gebäudeschutz, modernste Brandschutzeinrichtungen und hocheffiziente Sicherheits-, System-, IT- und Klimakomponenten nach Green-IT-Gesichtspunkten sind selbstverständlich.

Aufgrund der gut ausgebauten Infrastruktur und den dadurch möglichen IT- und Telekommunikationsleistungen trägt WiTCOM zu einer Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als attraktivem Wirtschaftsstandort bei. Zu den Erfolgsfaktoren der WiTCOM zählen eine hohe Service- und Kundenorientierung. WiTCOM Kunden profitieren von einer großen Flexibilität, kurzen Reaktionszeiten sowie kompetenten Mitarbeitern, die ganzheitliche Lösungen und Konzepte anbieten und umsetzen.



Jahresabschluss

Bilanz

zum 31. Dezember 2010

Aktiva

	Anhang	T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen	(1)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		580		861
II. Sachanlagen		189.181		182.110
III. Finanzanlagen		77.975		101.500
			267.736	284.471
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	(2)	1.941		1.706
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	(3)	78.339		50.789
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		38.272		39.804
			118.552	92.299
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(4)		565	492
			386.853	377.262

Passiva

	Anhang	T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Eigenkapital	(5)			
I. Gezeichnetes Kapital		66.013		66.013
II. Kapitalrücklage		25.426		25.426
III. Gewinnrücklagen		25.131		22.061
IV. Bilanzgewinn		0		32.024
			116.570	145.524
B. Empfangene Ertragszuschüsse			19.741	19.227
C. Rückstellungen	(6)		40.797	42.141
D. Verbindlichkeiten	(7)		209.500	170.200
E. Rechnungsabgrenzungsposten			245	170
			386.853	377.262

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	Anhang	T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	(8)	389.037		392.180
Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		192		59
Andere aktivierte Eigenleistungen	(9)	888		1.465
Sonstige betriebliche Erträge	(10)	29.546		27.687
Materialaufwand	(11)	289.158		299.963
Personalaufwand	(12)	38.561		39.464
Abschreibungen	(13)	18.424		17.684
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(14)	27.442		25.819
Betriebliches Ergebnis			46.078	38.461
Beteiligungsergebnis	(15)		2.229	8.782
Zinsergebnis	(16)		-5.996	-5.458
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			42.311	41.785
Außerordentliches Ergebnis	(17)		-1.195	-20.666
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(18)		3.289	9.035
Sonstige Steuern	(19)		301	307
Unternehmensergebnis			37.526	11.777
Aufwendungen für Ausgleichszahlung	(20)		12.981	0
Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(21)		24.545	0
Jahresergebnis			0	11.777
Entnahmen aus der Kapitalrücklage			0	21.592
Einstellungen in Gewinnrücklagen			0	1.345
Bilanzergebnis			0	32.024

Bilanzstruktur

Aktivseite in Prozent

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte 49,1

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
sowie sonstige Finanzanlagen 20,2

Vorräte 0,5

Kurz- und mittelfristige Forderungen 20,4

Liquide Mittel 9,9

Passivseite in Prozent

Eigenkapital 30,1

Empfangene Ertragszuschüsse 5,1

Rückstellungen für Pensionen 2,7

Sonstige Rückstellungen 7,9

Langfristige Verbindlichkeiten 21,5

Kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten 32,7



Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 entspricht den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in der derzeit gültigen Fassung und des Aktiengesetzes. Es gelten gemäß § 267 Abs. 3 HGB die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften.

Nach § 265 Abs. 7 Nr. 1 HGB wird in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf eine weitere Untergliederung der einzelnen Posten verzichtet und die zusammengefassten Posten im Anhang gesondert ausgewiesen, da hierdurch die Klarheit der Darstellung vergrößert wird.

Der Klarheit der Darstellung wegen sind auch die alternativ in Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang auszuweisenden Davon-Angaben im Anhang angegeben bzw. erläutert.

Der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung liegt das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB zugrunde.

Die Gesellschaft wendet die Bilanzierungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) erstmalig für das Geschäftsjahr 2010 an. Die Umstellung erfolgte zum 1. Januar 2010. Die Vorjahreszahlen gemäß § 265 Abs. 2 Satz 1 HGB wurden entsprechend Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht an die geänderten Ansatz- und Bewertungsvorschriften angepasst. Wesentliche Auswirkungen durch die erstmalige Anwendung des BilMoG ergeben sich dabei im Bereich der Pensionsrückstellungen und der sonstigen Rückstellungen. Hierbei verweisen wir auf die Ausführungen im Folgenden.

Zwischen der WV Wiesbaden Holding GmbH, die 51,62% der Anteile an der Gesellschaft hält, und der ESWE Versorgungs AG wurde mit notariellem Vertrag vom 17. Dezember 2010 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, der am 21. Dezember 2010 in das Handelsregister Wiesbaden eingetragen wurde. In dem Vertrag wurde vereinbart, dass an den Gesellschafter Thüga AG, der 49,38% der Anteile hält, eine Ausgleichszahlung zu leisten ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten soweit abnutzbar abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch Material- und Fertigungsgemeinkosten. Die Gemeinkosten werden auf Basis der bei normaler Beschäftigung und unter wirtschaftlichen Bedingungen anfallenden Kosten ermittelt. Zinsen auf Fremdkapital und Verwaltungskosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Neben der linearen findet auch die degressive Abschreibungsmethode Anwendung. Für Sachanlagen, die bereits zu Beginn des Geschäftsjahres vorhanden waren und degressiv abgeschrieben wurden, wird das Beibehaltungswahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB ausgeübt und die degressive Abschreibung fortgeführt. Zugänge im Geschäftsjahr 2010 wurden aufgrund der Aufhebung der umgekehrten Maßgeblichkeit der Steuer- für die Handelsbilanz durch das BilMoG ausschließlich linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

	Nutzungsdauern in Jahren
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Software	3–5
Grunddienstbarkeiten für Leitungswege	20–40
Sachanlagen	
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0–50
Anlagen der Stromverteilung	20–33
Anlagen der Gasverteilung	20–40
Anlagen der Wasserverteilung	40
Anlagen der Fernmeldedienste	18–25
Anlagen der Nah- und Fernwärme	15–20
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–15

Aufgrund untergeordneter Bedeutung werden abnutzbare Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 € im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Verzinsliche Ausleihungen sind zum Nennwert, unverzinsliche zum Barwert angesetzt. Hierbei wurde ein Zinssatz von 5,5 % p. a. zugrunde gelegt.

Die Vorräte werden zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips nach dem Grundsatz der Einzelbewertung angesetzt. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen. Die Unfertigen Leistungen werden in Höhe der Herstellungskosten bilanziert.

Bei den grundsätzlich zum Nennwert bilanzierten Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen wurden alle erkennbaren Risiken durch Bewertungsabschläge berücksichtigt. Das Ausfallwagnis von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird mit einer Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % des Nettoforderungsbestands berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen sind sorgfältig ermittelte Schätzbeträge für die erst bei der Durchführung der Jahresabrechnung abrechnungsfähigen Verbrauchswerte erfasst. Erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden sind damit verrechnet. Die Forderungen aus der Verbrauchsabgrenzung werden um einen Sicherheitsabschlag von 1 % (Strom, Wasser, Fernwärme) bzw. 2 % (Gas) wertberichtigt. Der Verbrauch von Vertriebspartnern, Großkunden und – soweit vertraglich vereinbart – von Geschäftskunden wird monatlich nach durchgeführter Zählerablesung abgerechnet, während der Verbrauch für die übrigen Geschäftskunden sowie für die Tarifkunden lediglich einmal jährlich (rollierende Jahresverbrauchsablesung) ermittelt und anschließend unter Anrechnung der unterjährig vereinnahmten

Abschlagszahlungen abgerechnet wird. Aufgrund der rollierenden Ablesung liegen für diesen Teil der Kunden keine aktuellen Abledaten zum Bilanzstichtag vor. Dies führt zu der Notwendigkeit der Durchführung einer Jahresverbrauchsabgrenzung zum Bilanzstichtag auf der Grundlage der aktuellen Tarife und eines angenommenen Verbrauchsverhaltens, so dass wie im Vorjahr ca. 26 % der Umsätze des Geschäftsjahres und ca. 69 % der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen am Bilanzstichtag aufgrund einer kundenindividuellen Hochrechnung ermittelt worden sind. Von den so ermittelten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden die erhaltenen Abschlagszahlungen (99,2 Mio. €; Vorjahr: 96,5 Mio. €) aktivisch abgesetzt.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sowie der Kassenbestand werden zum Nennwert bewertet.

Die unter den Empfangenen Ertragszuschüssen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse, die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmt wurden, werden mit 5 % des Ursprungswertes aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse, die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2009 vereinnahmt wurden, wurden von den ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten aktivisch abgesetzt. Die seit dem 1. Januar 2010 vereinnahmten Baukostenzuschüsse (3,6 Mio. €) werden wieder als Passivposten gezeigt und über den Zeitraum ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer aufgelöst.

Rückstellungen für Pensionen wurden im Berichtsjahr gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt. Aufgrund der geänderten Rechtslage im Jahr 2010 war zum 1. Januar 2010 zunächst der Unterschiedsbetrag nach den alten Rechnungsgrundlagen (Teilwert gemäß § 6a EStG mit Rechnungszins 4,5 %) und den neuen Rechnungsgrundlagen gemäß BilMoG (Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB) zu ermitteln. Unter Verwendung der Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck (Richttafeln 2005 G), einem Abzinsungssatz gemäß RückAbzinsV von 5,25 % p. a., einer erwarteten Rentensteigerung von 2,0 % p. a., einer zugrunde gelegten Einkommenssteigerung von

2,0% p. a. und einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergab sich ein Unterschiedsbetrag gemäß Artikel 67 EGHGB in Höhe von 900.958 €. Der Betrag wurde der Rückstellung zum 1. Januar 2010 vollständig zugeführt und in voller Höhe als außerordentlicher Aufwand ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Erfüllungsbetrag von 9.938.138 €. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Änderung des Zinssatzes (5,15 % p. a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen.

Für die Arbeitnehmer der ESWE Versorgungs AG besteht aufgrund der arbeitsvertraglichen Regelungen zudem eine mittelbare Pensionsverpflichtung im Zusammenhang mit dem Sanierungsbeitrag zur Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden, die nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB zu einem Passivierungswahlrecht führt. Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde, wie in Vorjahren, auf eine Passivierung wegen der Probleme bei der Ermittlung des Rückstellungsbetrages verzichtet. Wesentliche Einflussfaktoren für die Verpflichtungshöhe sind der seit dem 1. Januar 2010 geltende Umlagensatz zum Sanierungsgeld von 2,3% sowie einer Zusatzumlage von 9% und die Bemessungsgrundlage der Umlage in Höhe von 28.099 T€, die im Geschäftsjahr 2010 zu einer Verpflichtung aus Sanierungsgeld von 657 T€ geführt hat.

Die Altersteilzeitrückstellungen wurden im Berichtsjahr gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt. Aufgrund der geänderten Bewertung im Jahr 2010 war zunächst der Unterschiedsbetrag nach den alten Rechnungsgrundlagen (Teilwert gemäß § 6a EStG mit Rechnungszins 4,5%) und den neuen Rechnungsgrundlagen gemäß BilMoG (Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB) zum 1. Januar 2010 zu ermitteln. Unter Verwendung der Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck (Richttafeln 2005 G), einem Abzinsungssatz gemäß RückAbzinsV und einer zugrunde gelegten Einkommenssteigerung von 2,0% p. a. ergab sich ein Unterschiedsbetrag gemäß Artikel 67 EGHGB in Höhe von 20.676 €. Der Betrag wurde der Rückstellung sofort zuge-

führt und in voller Höhe als außerordentlicher Aufwand ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Erfüllungsbetrag von 827.264 €. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Aufzinsung (3,75 % p. a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle bekannten ungewissen Verbindlichkeiten sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind nach dem bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bemessen.

Zum 31. Dezember 2009 gebildete Rückstellungen für Instandhaltungen (1.450 T€) und Kosten für Deregulierung (1.620 T€) wurden in Anwendung von Art. 67 Abs. 3 EGHGB zum 1. Januar 2010 erfolgsneutral gegen die Gewinnrücklagen aufgelöst, da es sich hierbei um Aufwandsrückstellungen handelt, welche nach den Neuregelungen des BilMoG nicht mehr zu passivieren sind.

Langfristige Personalarückstellungen wurden im Berichtsjahr gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt. Aufgrund der geänderten Bewertung im Jahr 2010 waren zunächst die Erfüllungsbeträge zum 1. Januar 2010 zu ermitteln. Unter Verwendung eines Abzinsungssatzes gemäß RückAbzinsV von 5,25% p. a. und einer zugrunde gelegten Preissteigerung von 1,59% p. a. ergaben sich Unterschiedsbeträge gemäß Artikel 67 EGHGB, die der Rückstellung zugeführt und als außerordentlicher Aufwand erfasst wurden.

Insgesamt ergibt sich aus den BilMoG-Anpassungen ein außerordentlicher Ertrag von 67 T€ und ein außerordentlicher Aufwand von 1,3 Mio. €. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben bzw. Einnahmen erfasst, die Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel zu entnehmen. Im Berichtsjahr wurde mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 17. Dezember 2010 die Beteiligung an der ESWE Grundstücksverwaltungs GmbH & Co. Schillerplatz KG zu einem Kaufpreis von 18.367.000 € an die WVV Wiesbaden Holding veräußert. Dabei entstand ein Buchverlust in Höhe von 244.556 €.

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Vortrag zum 1.1.2010	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge
	T€	T€	T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Lizenzen	6.511	137	0	9
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	85.071	869	0	163
2. Verteilungsanlagen	587.825	19.913	678	2.489
3. Technische Anlagen und Maschinen	45.396	2.751	64	0
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.026	1.164	0	1.290
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	758	727	-742	0
	749.076	25.424	0	3.942
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	755.587	25.561	0	3.951
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	30.633	2.244	0	27.684
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	7.938	0	0	289
3. Beteiligungen	64.775	151	0	0
4. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	485	38	0	107
Summe Finanzanlagen	103.831	2.433	0	28.080
Summe Anlagevermögen	859.418	27.994	0	32.031

Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
Stand am 31.12.2010	Vortrag zum 1.1.2010	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge Aufzinsung (A)	Stand am 31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
6.639	5.650	418	9	6.059	580	861
85.777	43.629	2.059	61	45.627	40.150	41.442
605.927	463.722	12.267	2.284	473.705	132.222	124.103
48.211	32.645	2.716	0	35.361	12.850	12.751
29.900	26.970	964	1.250	26.684	3.216	3.056
743	0	0	0	0	743	758
770.558	566.966	18.006	3.595	581.377	189.181	182.110
777.197	572.616	18.424	3.604	587.436	189.761	182.971
5.193	2.121	0	2.121	0	5.193	28.512
7.649	0	0	0	0	7.649	7.938
64.926	204	0	0	204	64.722	64.571
416	6	0	1 (A)	5	411	479
78.184	2.331	0	2.121	209	77.975	101.500
			1 (A)			
855.381	574.947	18.424	5.725	587.645	267.736	284.471
			1 (A)			

Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB:

Name und Sitz der Gesellschaft	Buchwert 31.12.2010 T€	Kapital- anteil %	Eigenkapital 31.12.2010 T€	Jahres- ergebnis 2010 T€
1) Anteile an verbundenen Unternehmen				
ESWE EnergieService GmbH, Wiesbaden	512	100,0	421	-21
ESWE Netz GmbH, Wiesbaden ¹	1.340	100,0	1.300	0
ESWE BioEnergie GmbH, Wiesbaden	2.269	90,0	10.000 ³	-295
Gasturbinen-Gesellschaft für Kalle-Albert mbH i. L., Wiesbaden ²	573	56,0	1.434	-30
WITCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH, Wiesbaden	500	100,0	3.918	1.409
2) Beteiligungen				
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz	56.521	50,0	254.085	16.069
ARGE Energiesparpartnerschaft Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GbR, Wiesbaden	387	50,0	643	60

¹Mit diesen Gesellschaften besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

²Aufgrund beschlossener Liquidation Jahresabschluss zum 15. Juli 2009

³Davon eingezahlt 2.519 T€

(2) Vorräte

Bei dem Ausweis handelt es sich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für den Betriebs- und Unterhaltungsbereich in Höhe von 1.652 T€ (Vorjahr: 1.610 T€) sowie unfertige Leistungen in Höhe von 289 T€ (Vorjahr: 96 T€).

(3) Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 7.465 T€ (Vorjahr: 2.993 T€) enthalten. Im Übrigen handelt es sich wie im Vorjahr im Wesentlichen um Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen.

Unter den Sonstigen Vermögensgegenständen sind 27 T€ (Vorjahr: 17 T€) enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem

Jahr haben. Die übrigen Forderungen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Forderungen aus noch nicht abzugsfähiger Vorsteuer in Höhe von 4.821 T€, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	150.506	130.648
./. Abschlagszahlungen	-99.179	-96.524
	51.327	34.124
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.465	7.815
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	431	0
Sonstige Vermögensgegenstände	19.116	8.850
	78.339	50.789

(4) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft diverse Zahlungen, die das Jahr 2011 betreffen.

(5) Eigenkapital

Das Grundkapital wird zum 31. Dezember 2010 unverändert gehalten von der WVV Wiesbaden Holding GmbH (50,62 % = 33.412.556,00 €) sowie von der Thüga Aktiengesellschaft, München (49,38 % = 32.600.000,00 €). Das Grundkapital ist wie folgt in 20 Namensaktien mit unterschiedlichen Nennbeträgen aufgeteilt.

	€	€
7 Namensaktien zu	2.050.000	14.350.000
2 Namensaktien zu	1.700.000	3.400.000
1 Namensaktie zu	2.900.000	2.900.000
2 Namensaktien zu	4.100.000	8.200.000
1 Namensaktie zu	9.250.000	9.250.000
1 Namensaktie zu	5.200.000	5.200.000
1 Namensaktie zu	6.200.000	6.200.000
1 Namensaktie zu	2.600.000	2.600.000
1 Namensaktie zu	5.200.000	5.200.000
1 Namensaktie zu	7.700.000	7.700.000
1 Namensaktie zu	500.000	500.000
1 Namensaktie zu	512.556	512.556
		<u>66.012.556</u>

Die Gewinnrücklagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Gesetzliche Rücklage	6.601	6.601
Andere Gewinnrücklagen	18.530	15.460
	<u>25.131</u>	<u>22.061</u>

In Anwendung von Art. 67 Abs. 3 EGHGB wurden zum 31. Dezember 2009 bestehende Rückstellungen für Instandhaltungen (1.450 T€) und Kosten für Deregulierung (1.620 T€) zum 1. Januar 2010 erfolgsneutral in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Innerhalb der anderen Gewinnrücklagen wird zudem der aufgrund des Konsortialvertrages vom 5. Februar 2001 gebildete „Fonds für Innovationen, Klima- und Wasserschutz“ in Höhe von 5.917 T€ (Vorjahr 5.517 T€) ausgewiesen. Aufgrund des in 2010 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags erfolgen ab dem Geschäftsjahr 2010 keine planmäßigen Einstellungen in bzw. Entnahmen aus dem Fonds.

Die Anderen Gewinnrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

	T€
Vortrag zum 1.1.	15.460
Einstellung gem. Art. 67 Abs. 3 EGHGB	3.070
Stand am 31.12.	<u>18.530</u>

Die Gesellschafter haben ihre Beteiligungsverhältnisse gemäß § 20 AktG der Gesellschaft mitgeteilt.

Die Mitteilung der ehemaligen Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH (heute WVV Wiesbaden Holding GmbH) vom 21. Mai 2001 wurde von der Gesellschaft im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 16. Juni 2001 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

„Die Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH, deren Anteile zu 100 % die Landeshauptstadt Wiesbaden hält, hat uns mitgeteilt, dass sie am 21. Mai 2001 mehr als den vierten Teil der Aktien an der ESWE Versorgungs AG, nämlich 50,64 % aller Aktien, im Eigentum hat.“

Die Mitteilung der Thüga AG vom 9. Dezember 2009 wurde von der Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger vom 17. Dezember 2009 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

„Die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA zu München, vertreten durch die Thüga Management GmbH ebenda, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr mehr als der vierte Teil der Aktien an unserem Unternehmen gehören.“

(6) Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen vorwiegend den Personalbereich (5.712 T€), Nettentgelte (3.500 T€), Gutschriften (1.000 T€), ausstehende Energierechnungen und EEG- und KWK-G-Abrechnungen (4.698 T€) sowie Kosten für energiewirtschaftliche Risiken (1.300 T€).

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Rückstellungen für Pensionen	10.374	9.221
Steuerrückstellungen	8.912	6.017
Sonstige Rückstellungen	21.511	26.903
	<u>40.797</u>	<u>42.141</u>

(7) Verbindlichkeiten

	Stand 31.12.2010 T€	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr T€	Stand 31.12.2009 T€	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	111.476	6.613	116.745	6.607
2. Erhaltene Anzahlungen	0	0	334	334
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.371	20.371	9.826	9.826
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	38.440	38.440	11.454	11.454
davon aus Lieferungen und Leistungen	(13.895)	(13.895)	(11.454)	(11.454)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	26.733	26.733	18.142	18.142
davon gegen Gesellschafter	(15.825)	(15.825)	(2)	(2)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(26.733)	(26.733)	(18.142)	(18.142)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	12.480	12.480	13.698	13.698
davon aus Steuern	(6.284)	(6.284)	(12.048)	(12.048)
	<u>209.500</u>	<u>104.637</u>	<u>170.200</u>	<u>60.062</u>

Eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren besteht:

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Zu Pos. 1 in Höhe von	83.201	88.992

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten neben den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in 2010 die Verbindlichkeit aus der Ergebnisabführung aufgrund des neu abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags (24.545 T€).

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 92.808 T€ durch modifizierte Ausfallbürgschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden abgesichert. An die Landeshauptstadt Wiesbaden waren hierfür im Jahr 2010 Avalgebühren in Höhe von 464 T€ zu leisten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das Bestellobligo beläuft sich auf 2.017 T€. Zukünftige Verpflichtungen aus Strombezugsverträgen bestehen in Höhe von 165.172 T€ sowie aus Gasbezugsverträgen in Höhe von 204.548 T€. Aus Miet- und Leasingverträgen bestehen mehrjährige Verpflichtungen in Höhe von 676 T€.

Finanzinstrumente

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat die Gesellschaft Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 9,4 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 0,9 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Aufgrund der Bildung von Bewertungseinheiten kann von der Bildung einer Drohverlustrückstellung abgesehen werden. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet.

Bei der Gesellschaft bestehen langfristige Gasbezugsverträge zu einem variablen Preis mit Bindung an das Ölpreisniveau. Die Marge aus den Lieferungen an die Kunden bei Festpreisverträgen schwankt damit in Abhängigkeit zum Ölpreisniveau. Um diese Ergebnisschwankungen zu eliminieren sowie zur Absicherung gegen steigende Bezugspreise, setzt die ESWE Versorgungs AG zur Absicherung derivative Finanzinstrumente beim Bezug von Erdgas ein. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um Rohwaren-Swaps (Öl-Swaps). Den Öl-Swaps liegen entsprechende Lieferverträge mit Kunden zugrunde. Durch die gegenläufige Entwicklung von Physik und Derivat gleichen

sich beide Wertentwicklungen aus, so dass in Höhe der vertraglich gesicherten Mindestgasbezugsmengen (80 %) eine Bewertungseinheit zwischen Öl-Swap und dem zugrundeliegenden Gasbezugsvertrag gebildet und im Falle negativer Marktwerte der Öl-Swaps auf die Bilanzierung einer Drohverlustrückstellung verzichtet werden kann. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Aufgrund der Ölpreisentwicklung haben die 8 Öl-Swaps am Bilanzstichtag bei einem Nominalwert von 3,5 Mio. € in Summe einen positiven Marktwert von 0,7 Mio. €. Die Marktwerte werden anhand der abgesicherten Mengen und der sich aus diesen Mengen ergebenden künftigen Zahlungsströmen und Zugrundelegung der erwarteten Ölpreisentwicklung ermittelt.

Die beschafften Energiebezüge werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.

Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Latente Steuern

Die Gesellschaft ist Organgesellschaft einer ertragsteuerlichen Organschaft. Die latenten Steuern der Organschaft werden bei dem Organträger ausgewiesen. Somit unterbleibt die Angabe nach § 285 Nr. 29 HGB. Insgesamt würde sich ein Aktivüberhang an latenten Steuern ergeben, der aufgrund des bestehenden handelsrechtlichen Wahlrechts nicht aktiviert werden müsste.

(8) Umsatzerlöse

Aufteilung nach Bereichen	2010		2009	
	T€	%	T€	%
Stromversorgung	153.635	39,5	153.991	39,3
Pachtentgelt Stromnetz	17.821	4,6	17.436	4,4
Gasversorgung	146.764	37,7	147.156	37,6
Wasserversorgung	33.539	8,6	34.934	8,9
Wärmeversorgung	24.477	6,3	26.797	6,8
Tankstelle	4.219	1,1	3.873	1,0
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	3.044	0,8	3.184	0,8
Übrige Umsatzerlöse	5.538	1,4	4.809	1,2
Umsätze lt. GuV-Rechnung	389.037	100	392.180	100

Die Umsatzerlöse der Stromversorgung sind um die Stromsteuer in Höhe von 16.232 T€ (Vorjahr: 15.513 T€) und die Umsatzerlöse der Gasversorgung um die Erdgassteuer in Höhe von 13.926 T€ (Vorjahr: 13.181 T€) gekürzt.

(9) Andere aktivierte Eigenleistungen

Sie umfassen den Personalaufwand und die Gemeinkosten für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

(10) Sonstige betriebliche Erträge

Periodenfremde Erträge:	2010 T€	2009 T€
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4.876	2.455
Erträge aus Anlagenabgängen	544	1.284
Erträge aus Zuschreibungen zum Anlagevermögen	0	0
Andere periodenfremde Erträge	1.048	1.855
	6.468	5.594
Erträge konzerninterne Dienstleistungen	19.259	18.644
Übrige Erträge	3.819	3.449
	29.546	27.687

(11) Materialaufwand

	2010 T€	2009 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	279.696	292.097
Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.462	6
	<u>289.158</u>	<u>299.963</u>

(12) Personalaufwand

	2010 T€	2009 T€
Löhne und Gehälter	29.624	29.314
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.937	10.150
davon für Altersversorgung	(2.618)	(3.154)
	<u>38.561</u>	<u>39.464</u>

Im Durchschnitt waren bei der ESWE Versorgungs AG beschäftigt:

	2010	2009
Angestellte	568	592
Auszubildende	45	45
	<u>613</u>	<u>637</u>

(13) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt.

(14) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2010 T€	2009 T€
Periodenfremde Aufwendungen:		
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	353	590
Andere periodenfremde Aufwendungen	2.274	869
	<u>2.627</u>	<u>1.459</u>
Konzessionsabgabe	5.897	6.023
Abschreibungen auf Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	2.229	1.482
Übrige Aufwendungen	16.689	16.855
	<u>27.442</u>	<u>25.819</u>

(15) Beteiligungsergebnis

	2010 T€	2009 T€
Erträge aus Beteiligungen	1.000	6.724
davon aus verbundenen Unternehmen	(500)	(1.000)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.229	4.222
Abschreibungen aus Beteiligungen	0	2.121
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	43
	<u>2.229</u>	<u>8.782</u>

(16) Zinsergebnis

	2010 T€	2009 T€
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	372	368
davon aus verbundenen Unternehmen	(353)	(347)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	562	819
davon aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	(56)	(0)
davon aus verbundenen Unternehmen	(38)	(66)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.931	-6.645
davon aus der Verzinsung von langfristigen Rückstellungen	(836)	(0)
davon an verbundene Unternehmen	(0)	(0)
	<u>-5.996</u>	<u>-5.458</u>

Im Zinsergebnis sind aufgrund der BilMoG-Umstellung im Geschäftsjahr 2010 erstmals Zinserträge und Zinsaufwendungen aus der Ab- bzw. Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen zum 31. Dezember 2010 ausgewiesen.

(17) Außerordentliches Ergebnis

Aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG zum 1. Januar 2010 ergaben sich bei den Rückstellungen für Pensionen, Altersteilzeitverpflichtungen sowie sonstigen langfristigen Rückstellungen Anpassungen. Unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Preissteigerungen war für diese Rückstellungen die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträge zu ermitteln und die Rückstellung um diese Beträge zu erhöhen. Unter Anwendung eines Abzinsungssatzes gemäß RückAbzinsV von 5,25 % p. a. waren die Erfüllungsbeträge in Abhängigkeit von den individuellen Laufzeiten abzuzinsen. Die Anpassungsbeträge sind im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen. Es ergaben sich außerordentliche Erträge in Höhe von 67 T€ und außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.262 T€.

(18) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund des im Jahr 2010 zwischen der WVV Wiesbaden Holding und der ESWE Versorgung abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags weist die ESWE Versorgung als Steueraufwand nur die Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die Thüga AG in Höhe von 2.417 T€ aus.

Periodenfremde Erträge aus Steuererstattungen sind mit 135 T€ enthalten, denen 1.007 T€ aus Steuernachzahlungen für Vorjahre gegenüberstehen. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

(19) Sonstige Steuern

Der Steueraufwand beinhaltet die Aufwendungen für Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer sowie Energiesteuern auf den Eigenverbrauch.

(20) Aufwendungen für Ausgleichszahlungen

Gemäß dem abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag vom 17. Dezember 2010 erhält die Thüga AG, München, eine vertraglich vereinbarte Ausgleichszahlung von 12.981 T€.

(21) Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn

Gemäß Ergebnisabführungsvertrag vom 17. Dezember 2010 erhält die WVV Wiesbaden Holding die Gewinnabführung nach den bestehenden vertraglichen Vereinbarungen.

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 10 Abs. 2 EnWG

Neben dem Vertrag über die Verpachtung des Stromnetzes besteht ein längerfristiger Vertrag über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen mit der ESWE Netz GmbH.

Weitere Geschäfte größeren Umfangs im Sinne von § 10 Abs. 2 EnWG, die aus der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, wurden nicht getätigt.

Vorstand

- Rechtsanwalt Ralf Schodlok, kaufmännischer Vorstand (Vorsitzender), Wiesbaden
- Dr. Stephan Tenge, technischer Vorstand, Wiesbaden
- Dipl.-Ing. Jörg Höhler, stellvertretender Vorstand, Singhofen

Im Geschäftsjahr 2010 betragen die Gesamtbezüge des Vorstands 783.849 €. Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 642.465 €.

Am Bilanzstichtag betragen die an ehemalige Mitglieder des Vorstandes gegebenen Kredite für Wohnraumbeschaffung, die durchschnittlich mit 4,5 % p.a. verzinst werden, 68.565 €. Diese Darlehen werden annuitätisch getilgt. Im Berichtsjahr betrug die Tilgung 6 T€.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind 6.560.584 € zurückgestellt.

Honorar des Abschlussprüfers

Von den Angaben zu den Honoraren des Abschlussprüfers der Gesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB n. F. wurde abgesehen, da diese Angaben im Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH, als einbeziehendes Mutterunternehmen, enthalten sind.

Konzernzugehörigkeit


Die Gesellschaft ist verbundenes Unternehmen i. S. d. § 15 AktG und § 271 Abs. 2 HGB zur WVV Wiesbaden Holding GmbH und deren verbundenen Unternehmen. Der Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG wird in den Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH, Wiesbaden, einbezogen. Die Gesellschaft ist gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes befreit. Der Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht und ist dauerhaft im elektronischen Handelsregister zugänglich (Handelsregister HRB 11941, geführt beim Handelsregister des Amtsgerichtes Wiesbaden).

Wiesbaden, 13. Mai 2011

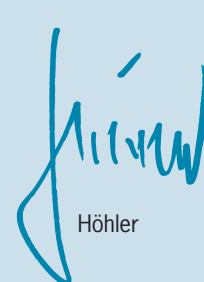
ESWE Versorgungs AG
Der Vorstand



Schodlok



Dr. Tenge



Höhler

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ESWE Versorgungs Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10

Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Gesellschaft sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.

Frankfurt am Main, 13. Mai 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Raimund Kleine ppa. Dirk Fischer
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung während des Geschäftsjahres 2010 aufgrund regelmäßiger schriftlicher und mündlicher Berichterstattung des Vorstands laufend überwacht. Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Zuständigkeit hat er die ihm obliegenden Entscheidungen getroffen. Es handelte sich hierbei um folgende wesentliche Themen:

- Beteiligung an Offshore-Windkraftanlagen
- Wasserkartellverfahren – Auswirkungen des BGH-Urteils
- Ergebnisabführungsvertrag mit der WVV Wiesbaden Holding GmbH
- Verkauf und Erwerb von Beteiligungen
- Vermarktung von Grundstücken der ESWE Versorgungs AG

Die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Rahmen der Schwerpunktthemen über alle bedeutsamen Geschäftsvorgänge in Form von Vorlagen informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für die ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2010 wurden von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers lag den Aufsichtsratsmitgliedern vor. Vertreter des Wirtschaftsprüfers haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Dem Ergebnis der Prüfung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts der ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2010 geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben, so dass er den Jahresabschluss billigt.

Dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat für die im Geschäftsjahr 2010 geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Wiesbaden, 15. Juni 2011

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats



Dr. Helmut Müller
Oberbürgermeister

Dieser Geschäftsbericht wurde auf
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Grafische Gestaltung und Druckvorstufe:
Grandpierre Design GmbH, Idstein

Fotos:
BARD-Gruppe/Meier, S.19
ESWE-Archiv, S.10, S.29, S.32
ESWE Netz GmbH, S.35
Fotolia electriceye, S.19
Grandpierre Design GmbH, Idstein (37)

Druck und Verarbeitung:
Druckerei Hassmüller
Graphische Betriebe GmbH & Co. KG,
Frankfurt



ESWE Versorgungs AG
Konradinallee 25, 65189 Wiesbaden
Postfach 5540, 65045 Wiesbaden
Telefon (0611) 780-0
www.eswe-versorgung.de